

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnent: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 1576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepostete Kolonne
 oder deren Raum 40 Pfg., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen 11 1/2 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 20. Mai 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Vor der Wahl und Nach der Wahl

so beistellt sich ein berühmtes englisches Bild, oder richtiger Doppelbild. Links steht der Gutsherr (Squire) mit abgezogenem Hut und sich höflich verbiegend vor einer Versammlung von kleinen Farmern, Krämern, Handwerkern und Arbeitern nebst Frauen und Kindern, und verheißt ihnen weniger Steuern und herabgesetzte Riethen; kurz alle möglichen schönen Dinge, wenn sie ihn wählen. Das ist vor der Wahl.

Rechts sehen wir den Squire in einem Zimmer seines Prachtsschlusses — eine Deputation seiner Wähler ist eingelassen worden und bittet um Ermäßigung der erhöhten Steuern und Renten. Allein aus dem verachtungsvollen Lächeln des Squire ist herauszulesen, daß er nur Spott und Hohn für seine gut mütigen Wähler hat. Und das ist nach der Wahl.

Vor der Wahl Umschmeichelung der Wähler und das Blaue vom Himmel versprochen und — gelogen. Nach der Wahl Spott und Hohn für den geprellten Wähler, der so dumm gewesen, den Versprechungen seiner natürlichen Feinde zu glauben.

So ist es tausend und tausendmal gewesen, allein — die Dummen werden nicht alle. Und so brutal blödsinnig es ist, dem Kalb zuzumuthen, es solle seinen Metzger wählen, so kann man doch sagen: es ist nicht eine Ausnahme, sondern die Regel, daß — um in dem bekannten etwas derben, aber um so passenderen Gleichniß zu verbleiben — die Kalber ihre Metzger wählen. Das gilt namentlich von unserem Deutschland. Noch bei der letzten Reichstagswahl vor jetzt fünf Jahren, haben drei Viertel sämtlicher deutschen Reichswähler für Kandidaten der kapitalistischen Parteien gestimmt, obgleich unter diesen fünf bis sechs Millionen kaum eine halbe Million war, deren Lebensinteresse es nicht erheischt hätte, gegen die Kandidaten der kapitalistischen Parteien zu stimmen. Also die überwiegende Mehrzahl der deutschen Reichswähler hat gegen ihr eigenes Lebensinteresse gestimmt.

Und wenn ein Kleinbauer für einen Großgrundbesitzer wie den Grafen Kanitz und Nitbach oder für einen sonstigen Kandidaten des Bundes der Landwirthe stimmt, oder wenn ein Handwerker für einen Industriemagnaten, wie Herrn Hepl von Worms oder Herrn Stumm von Neunkirchen stimmt; oder wenn ein Arbeiter für einen flottenbegeisterten Zentrums- oder manchesterlichen Freisinnigen stimmt — ist das nicht genau auf der gleichen Stufe des Verständnisses, wie die Handlung des Kalbes, das seinen Metzger selbst wählt?

Betrachte man doch einmal die Zusammensetzung aller bisherigen Reichstags. Der Reichstag wird mit allgemeinem Stimmrecht gewählt. Wenn die Wähler ihr Lebensinteresse befragten und Verständnis hätten, so würde der Reichstag ähnlich zusammengesetzt sein, wie die deutsche Wählerschaft. Allein dem ist nicht so. Die deutsche Wählerschaft besteht laut amtlicher Statistik zu mehr als neun Zehnteln aus Bauern, Handwerkern, Kleinrämern und Arbeitern — kurz aus kleinen und mittleren Leuten. Im Reichstag aber sind, wenn wir von der Sozialdemokratie absehen, — mehr als neun Zehntel der Mitglieder Angehörige der reichen Klassen: Junker, Fabrikanten, hohe Beamte u. s. w. und höchstens ein Zehntel sind kleinere und mittlere Leute. Weit entfernt ein Spiegel der Wählerschaft zu sein, bietet der Reichstag ein von der Wirklichkeit durchaus verschiedenes, ja ihr geradezu widersprechendes, diametral entgegengesetztes Bild. Neun Zehntel der Wähler sind vertreten von einem Zehntel der Gewählten, und ein Zehntel der Wähler von neun Zehnteln der Gewählten. Das ist einfach ungeheuerlich: eine winzige Minderheit der Wähler hat die erdrückende Mehrheit der Gewählten.

Das Ungeheuerliche beschämt noch ungeheuerlicher, wenn wir bedenken, daß das Wahlrecht ein gleiches ist, daß die Stimme der Kleinen genau so viel wiegt wie die Stimme der Großen, daß diese Ungeheuerlichkeit folglich das Werk der Wähler selbst ist.

Gewiß sind die Wähler vielfach abhängig und beeinflusst — gewiß — man lese nur die Berichte der Wahlpflicht-Kommission — Wahlergebnisse sind gefälscht worden, aber so zahlreich diese Fälle ungewisselhaft sind, es ist im ganzen doch nur eine verschwindende Minderheit und die überwältigende Mehrheit derer, die für kapitalistische Kandidaten gestimmt, hat es freiwillig gethan — so weit bei mangelndem Denken und Verständnis von einem freien Willen die Rede sein kann.

Die Millionen Kleinen und mittlerer Leute, die für Kandidaten der kapitalistischen Parteien gestimmt haben, hätten, wenn sie ihre Interessen gekannt und berücksichtigt hätten, ebenso gut wie die sozialistischen Wähler in den kapitalistischen Mandatanten ihre Feinde erblickt und mit den sozialistischen Wählern gestimmt, ohne dabei mehr Gefahr zu laufen, als diese.

Kurz, es ist Unkenntnis und Mangel an Nachdenken, was die Mehrzahl der Deutschen bis jetzt in das Lager der kapitalistischen Parteien gebracht hat. Und warum sind sie nicht lieber zu Hause geblieben? Weil sie sich durch die Ver-

sprechungen und Lügen vor der Wahl haben übertölpeln lassen!

Die Versprechungen und Lügen vor der Wahl sind die windige Lockspeise, durch welche Millionen von Wählern bis jetzt bei jeder Wahl bestimmt worden sind, die Rolle der Kalber zu spielen, die ihre Metzger selber wählen.

Ist es denn in der That wahr, daß die Dummen nicht alle werden? Ist die Mehrzahl der deutschen Wähler denn hoffnungslos blind für ihre eigenen Interessen?

Wir begreifen es, daß Millionen von Bauern, Handwerkern und anderen kleinen Leuten, durch die schamlosen und albernen Lügen der kapitalistischen Metzger-Presse und Metzger-Agitatoren irregeleitet, noch keinen Sozialdemokraten wählen wollen; doch dann sollten sie wenigstens Kandidaten aus ihrer Mitte aufstellen: echte Bauern — keine Renommir-Bauern; echte Handwerker, keine handwerksmäßigen Geschäftspolitiker — echte Kleinrämer, keine judenrefresserischen Hanswürste, die durch ihr böses Geschimpfe auf die Juden schon den Beweis liefern, daß sie die Interessen der Kapitalistenklasse verfolgen und die Aufmerksamkeit des Volks von den wahren Schuldigen ablenken wollen, indem sie einem barbarischen Vorurtheil die Juden als Opfer hinwerfen.

Echte Handwerker, echte Kleinrämer, echte Bauern wären im Reichstag sicher sehr nützlich, auch wenn sie in der ersten Zeit manchen Fehler begehen sollten. Inbezug würden die kleinen Leute unter den Wählern mit einem solchen Vorschlage kommen, dann dürften sie sich seitens der vornehmen Herren Gönner, der Kanitz, Stumm, Hepl und Konjorten auf etwas Schönes gefaßt machen: So war's nicht gemeint.

Das Kalb ist dem Metzger gar lieb — aber nur wenn es auch geduldig zu ihm geht und sich von ihm schlachten läßt.

Vor der Wahl ist es möglich, dem Metzger zu entgehen. Nach der Wahl ist es zu spät!

Wahlkampf.

Neue Waffen für die Sozialdemokratie.

Unter dieser Aufschrift wendet sich die „Kons. Korresp.“ gegen die „Germania“, weil sie durch „mysteriöse Verdächtigungen“ bezüglich des Reichstags-Wahlrechts nur der Sozialdemokratie Vorwurf leiste.

Die „Kons. Korresp.“ wünscht wohl, daß die gesammte deutsche Presse mit ihr gemeinsam das Volk belügen solle. Die „Kons. Korresp.“ hat die Stirn, jede reaktionäre Absicht gegen das Reichstags-Wahlrecht abzuleugnen. Das offizielle Organ der konservativen Partei schweigt die massenhaften aktenmäßigen Beweise, die zu dieser Frage erbracht worden sind, todt. Diese Unverschämtheit ist denn doch so groß, daß sie selbst mit der heidnischen Angst vor der Sozialdemokratie nicht entschuldigt werden kann.

Auch der Abg. Dr. Wachen bestätigt jetzt die Richtigkeit der Behauptungen des Abg. Müller-Julda. In einer am 23. Mai stattgehabten Wählerversammlung in Krefeld hat derselbe ausgeführt: Wer im Reichstags-Jahrelang praktisch mitgearbeitet, der wisse, daß die Mittheilungen des Herrn Müller richtig seien. Er, der Redner, wisse, daß trotz des amtlichen Dementis detarierte Pläne thatsächlich beständen; man müsse nur, um die Verwickelung zu verhüten, die Augen offen halten. Er vermöge aus eigener Kenntniß die Mittheilungen noch zu erweitern: Es besteht und hat bestanden sogar die Idee eines Staatsfreies, das heißt der gewaltsamen Beseitigung des Reichstags-Wahlrechts. Die Idee ist sogar von einflussreichen Ministern ernsthaft erwogen worden. Ja, sogar recht groß ist die Zahl der Leute, welche zu der Frage einer gewaltsamen Beseitigung des Reichstags-Wahlrechts stehen und ich wiederhole, diejenigen, die so denken, sind in den großen einflussreichen Kreisen zu suchen und zu finden.

Herr Wachen sagt da ebenfalls nichts Neues. Er bestätigt nur das, was von unserer Seite schon immer behauptet und bewiesen wurde.

Die Thatsache der schweren Gefährdung des Reichstags-Wahlrechts ist allerdings eine vortreffliche Waffe in der Hand der Sozialdemokratie.

Jeder deutsche Staatsbürger muß nun wissen: Wähle ich einen „Sammelpolitiker“, so wähle ich einen Mann, der mir das Wahlrecht, das ihn gewählt, nehmen will, sobald die Möglichkeit dazu gegeben sein würde!

Wer sind die Reaktionäre?

Unter diesem Titel versendet die Hülse'sche Maschinenfabrik (Schriftenvertriebs-Anstalt Berlin) ein Flugblatt, aus dem in jeder Zeile die Offenbarungen einer gottbegnadeten Dummheit sprechen. Die Sozialdemokraten sind nach Herrn Hülse die einzigen Reaktionäre, denn sie wollen das Privateigentum abschaffen, mit dem die Kultur überhaupt erst anhub! Armer Widmar, der du das Privateigentum an den Eisenbahnen fast ganz beseitigt hast, der du durch das Tabak- und Schampagnermonopol große Gebiete dem Privateigenthum weiter entziehen wolltest! Armer Kobbelski, der du die Privatposten nicht einmal zu entschädigen dachtest! So hungt euch der staatlich geölte Pastor vor dem ganzen Lande als Barbaren herunter! Ihre (der Sozialdemokratie) Vertreter haben im Reichstags (gegen) die Arbeiter-Versicherungsgesetze gestimmt. War das nicht reaktionär? Natürlich, wenn man gegen etwas stimmt, weil man größere Fortschritte erreicht wissen will, so ist man als Freund des „Mildschrittes“ entlarvt. Daß die Sozialdemokratie heute überhaupt die einzige Partei ist, welche noch energisch den Ausbau der Ar-

beiterversicherung zu fördern sucht, weiß er, Hülse, wohl nicht; jedenfalls stellt er sich so. In dieser Art geht es dann weiter in dem Beweise, daß die Sozialdemokratie sich jedem Kulturfortschritt grundsätzlich entgegenstemmt. Wenn die Schriftenvertriebs-Anstalt jedoch zum Schlusse sich zu der Behauptung versteigt:

Die Sozialdemokratie will Millionen von Arbeitern zu Grunde richten, indem sie die Handelsvertrags-Politik der Regierung verwirft — so ist das wohl weniger dumm wie frech verlogen.

Die staatsgefährliche Börse.

Viele Börsenblätter, so die „Berliner Börsenzeitung“, gehören zu den lautesten Schreibern für die Sammelpolitik und gegen die Sozialdemokratie. Es hilft ihnen jedoch alles nichts. Ein Flugblatt des Wahlvereins der deutschen Konservativen (Landwirthe seid auf Eurer Hut!) heßt die Bauern mit allen demagogischen Klünften gegen die „direkt staatsgefährliche“ Börse auf:

Wenn die Landwirtschaft nicht zusammenbräche, wäre sie schon längst hin; da hätten sie die Börsenherren längst aufgefressen.

Man will die Landwirthe einzeln trennen, um sie einzeln unschädlich zu machen! Das ist ein Kniff der Börse. Die Berliner Börse hat viel Geld hergegeben, um die kleinen Landwirthe ins Garen der Freisinnigen zu treiben. Mit tausenden von Börsenhaltern sind die freisinnigen Bauernvereine „Kordost“ und „Medlenb. Schutzverband“ gegründet worden.

Auf der anderen Seite heben dieselben Börsenfreunde wieder das Gefinde und die Arbeiter gegen die Bauern auf.

Das nennen die Kordost-Männer dann Volksfreiheit — das sind aber Freiheiten, mit denen man dem Volke den Strick um den Hals legt.

Hinter den mit Börsengeld gekauften Hecken (die nur für die Börse und für die Interessen des Auslandes Sinn und Derg haben, heißt es an einer anderen Stelle) wartet schon die Sozialdemokratie.

Wählt also einstimmig den Kandidaten der konservativen Partei!

Wir wollen die Baifespulanten und die Hauje-Agrarier in ihren Auseinandersetzungen nicht stören. Nur möchten wir den konservativen Wahlverein eruchen, nach einer solchen Leistung in Zukunft die Sozialdemokratie mit Vorwürfen über ihre verheerende Agitationsweise zu versehen.

Was die deutsche konservative Partei will und was sie nicht will.

Viel ist es nicht, was auf dem so betitelten konservativen Flugblatt gesagt wird und das Wenige ist nicht neu. Uebersetzt hat es uns nur, zu lesen: die deutsche konservative Partei wolle „volle Wahrung der verfassungsmäßigen Volksrechte, gefesselt gesicherte bürgerliche Freiheit für alle und eine wirksame Beseitigung der Nation an der Gesetzgebung... im Steuersystem Gerechtigkeit, Schöpfung der weniger steuerkräftigen Bevölkerungsklassen“. Für die Partei der Wahlrechts-Verfälscherung, der Wetzölle und der indirekten Steuern ist das eine recht respectable Leistung in der Kasführung der Börse.

Nur nicht so stolz.

Ein Wahlaufruf der rheinischen Zentrumsparthei rühmt die Festigkeit des Zentrums im Rheinlande gegenüber der Sozialdemokratie. Es ist aber noch nicht lange her, da rühmte das Zentrum seine absolute Sicherheit gegen sozialdemokratische Angriffe im ganzen Reihe. Dann mußte es erleben, daß mehrere seiner besten Kreise ihm abgenommen worden sind — wie erinnern an München, Reichensbach-Neurode — und daß in zahlreichen anderen Zentrumskreisen die Sozialdemokratie von Wahl zu Wahl mehr Terrain gewonnen hat und nahe daran ist, die schwarzen Herren vor die Thüre zu setzen.

Deute noch auf stolzen Kössen...

Die Handlungsgehilfen und die Reichstagswahl.

Die sozialdemokratischen Handlungsgehilfen greifen rege in den Wahlkampf ein, um unter den kaufmännischen Wählern für die Sozialdemokratie zu agitiren. So haben zu diesem Zweck in Berlin, Dresden u. s. w. bereits eine Reihe von Versammlungen stattgefunden; ferner sind in Berlin circa 10 000 Flugblätter unter den Handlungsgehilfen verbreitet worden. Das Organ der sozialdemokratischen Handlungsgehilfen, der „Handels-Angestellte“, erschien am 1. Mai in 10 000 Exemplaren und enthielt einen längeren Artikel, in welchem die Stellung der bürgerlichen Parteien bei Vorschlägen, die eine Besserung der Lage der Handlungsgehilfen bezwecken, gebührend gekennzeichnet wurde. Dieser Artikel nagelte auch die Stellung der freisinnigen Volksparthei, die unter den Berliner Handlungsgehilfen bis vor kurzem noch die meisten Anhänger zählte, fest. Der Abgeordnete Eugen Richter hatte sich am 7. Mai 1898 im preussischen Abgeordnetenhause und vor- und nachher in der „Freisinnigen Zeitung“ gegen den Achtuhr-Schluss erklärt. Die Stellung der Reichskommission für Arbeiterstatistik ist seiner Ansicht nach eine anomale (gefeselo); sie sei etwas ganz anderes geworden, als ursprünglich angenommen wurde. Bei den Erhebungen im Handelsgewerbe sei nach einer sensationellen Methode verfahren worden u. s. w. Diese Festsetzung ist der „Freisinnigen Zeitung“ natürlich sehr unangenehm, und sie versucht in einem zwei Spalten langen Leitartikel Herrn Eugen Richter rein zu waschen. Herr Richter sei zwar zur Verurtheilung des Achtuhr-Schlusses gekommen, habe aber anerkannt, daß Missethate im Handelsgewerbe vorhanden seien. Richt die Reichskommission für Arbeiterstatistik sei sensationell verfahren sondern die Regierung bei allen sozialpolitischen Maßnahmen. Unsere Regierung und sensationelle sozialpolitische Maßnahmen! Im übrigen habe Herr Richter nur für seine Person gesprochen; die freisinnige Volkspartei hatte noch keine Veranlassung, über diese Frage sich irgendwie schlüssig zu machen. Der freisinnigen Volkspartei passiert dieses Räthen bei allen Gelegenheiten. Sie hat nie Zeit, sich schlüssig zu machen, und wenn sie dies einmal thut, dann nur um gegen Reformvorschlüge aufzutreten. So machte sie gegen die Sonntagsgesetze im Handelsgewerbe Front und Herr Richter erinnert sich wohl noch des Meeres von Tinte, das er damals über diese Frage verstrichen. Genau so wie jetzt der Achtuhrschluss war diese Maßregel eine „bureaucratische Schöbhol-

firmen", ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen und wie die schonen Erfahrungen alle zeigen. Und jetzt muß Herr Eugen Richter zugeben, daß 95 pCt. aller Gewerbetreibenden sich in den neuen Zustand vollkommen eingelebt und auch seinen Städten durch die Sonntagruhe geholt haben. Freilich hielt dieser Umstand die freisinnige Volkspartei nicht ab, bei Veranlassung des Antitages Gamp, der im Interesse der restlichen 5 pCt. Gewerbetreibender eine vollständige Vernichtung der Sonntagruhe der Angehörigen erstrebte, sich vollständig auszusprechen.

Zum Schluß kommt die „Freisinnige Zeitung“ mit dem alten Märchen, daß die Handlungsgeschichten von dem sozialdemokratischen Antifaschismus nichts zu erwarten hätten. Dort sei den Geheißenen jede Aussicht genommen, selbständige Geschäfte zu werden. Darüber trösten sich die lausnämischen Angehörigen sehr leicht. Für sie ist die Thatsache viel wichtiger, daß es ihnen in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft unmöglich gemacht wird, sich selbständig zu machen, daß sie ihr Leben lang dazu verurteilt, abhängige Angestellte, Lohnarbeiter zu sein. Davon ist natürlich weder dem Herrn Eugen Richter noch der freisinnigen Volkspartei etwas bekannt; sie haben wahrscheinlich noch keine Veranlassung gehabt, sich darüber schlüssig zu machen. Die freisinnige Volkspartei hat nur Veranlassung, sich schlüssig zu machen, wenn es sich um die Vertretung der Kapitalisten-Interessen handelt. Weil dem so ist, haben ihr die Handlungsgeschichten in ihrer großen Mehrzahl den Rücken gekehrt und thun es in immer steigendem Maße. Der 16. Juni wird dafür einen weiteren Beweis erbringen.

Freiherr v. Stumm

Ist wirklich ein Glücksfall, nicht bloß die Krone wünscht ihm „was jedem guten Deutschen ein Befehl sein müßte“, sondern auch das Volk wünscht ihn, wie wenigstens die Stumm-Offizialen in der „Saar- und Niederrhein-Zeitung“ schreiben. Wo Stumm spricht, „kann keine Stednadel zur Erde fallen“. Kein Gegner meldet sich zum Worte, „geschweige denn zu einer Entgegnung“. Treffend, schlagen, in vollstem Maße überzeugend und erschöpfend“ entwickelt der Kandidat seine „ideales und reales Programm“, weist auf seine „sowohl ideal-patriotische als real-politische 31jährige Thätigkeit“ im Parlament hin, zergauelt den „parlamentarischen Dilettantismus des Herrn Croenert“ vom Bunde der Landwirthe und seine Vertheidigerreden gegen den Bund, formen sich von patriotischen und praktischen Standpunkte aus zu einer direkten Anklage gegen die jeden großen Gesichtspunktes baren und an nichts-sagenden Kleinlichkeiten sich stoßenden Lieberer. Stumm'scher Beifall und donnernde Hochs bezeichnen seine Spuren, so daß Herr Stumm schon die Erwartung aussprechen läßt, Herr Croenert werde zurücktreten, da „überhaupt die Berliner Zeitung des Bundes der Landwirthe als Vertreter der landwirthschaftlichen Interessen sich keinen besseren wünscht, als Freiherrn v. Stumm-Halberg“. — Diese Meldung der „Post“ bezweifeln wir vorläufig sehr. Der Bundesdirektor Dr. Köhler war allerdings seinerzeit zurückgetreten — wie man jetzt erfährt, infolge Einnischung des Grafen Herbert Bismarck. Herr Croenert scheint jedoch keine Lust zu haben, sich dem König von Saarabien einfach zu unterwerfen. Uebrigens wäre ja auch Herr v. Stumm agrarisch genug.

Herr v. Stumm hat jetzt in Wählerversammlungen dementirt, daß er durch den Kaiser zur Wiederaufnahme einer Kandidatur bestimmt sei. Der Kaiser habe bei einer Unterredung vor 14 Tagen seine Wahl mit keinem Worte berührt. War es vielleicht bei einer anderen Gelegenheit? Oder wie sollte sonst jener Bürgermeister, der für des Freiherrn Kandidatur sprach, zu dieser Behauptung gekommen sein?

Wer vernichtet den Kleinbetrieb?

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt einige Zitate, welche die wahre Gesinnung der Sozialdemokratie gegen Bauern und Handwerker zeigen sollen. Die Zitate geben, aus dem Zusammenhang gerissen, theils einen ganz falschen Sinn, theils sind sie überhaupt gefälscht. So stammen die Aeußerungen der „Säch. Arbeiterztg.“ aus dem Jahre 1890, wo dieses Parteiorgan sich in den Händen der Unabhängigen befand, deren Anschauungen gerade von der Sozialdemokratie bekämpft worden sind. Daß bei der Gelegenheit auch unser verkörperter Genosse Engels mal wieder zum Juden gestempelt wird, ist auch eine Unwahrheit, aber nebenbei.

Die Vernichter des Kleinbetriebes sind jedenfalls nicht bei der Sozialdemokratie zu suchen. Sie stehen vielmehr der „Deutschen Tageszeitung“ sehr nahe.

Charakteristisch ist, daß auch die „Freisinnige Zeitung“ sofort die Fälschungen der „Deutschen Tageszeitung“ nachdruckt.

Mecklenburgische Wählerlisten.

Das Mecklenburg-Schwerinsche Ministerium des Innern sendet der „Mecklenb. Volksztg.“ folgende Verichtigung: „In Nr. 61 der „Mecklenburg. Volks-Zeitung“ vom 22. d. M. (Erstes Blatt) ist in dem Artikel „Ein Attentat auf unser Recht“ die Angabe enthalten: „Das Mecklenburgische Ministerium habe eine Verfügung erlassen, wonach die Schlichter, Rübenarbeiter und andere Saisonarbeiter nicht in den Wählerlisten des Ortes, wo sie zur Zeit beschäftigt sind, aufgeführt werden sollen.“ Eine solche Verfügung ist hier nicht erlassen. Unser Parteiblatt hält demgegenüber seine Behauptung aufrecht.

Die Vorbereitungen zur Reichstagswahl in Württemberg.

Die einzige Partei, die ihre Kandidaten seit Wochen aufgestellt, eine einheitliche Organisation hat und demzufolge eine planmäßige Wahlagitatio entfalten kann, ist die Sozialdemokratie. Dieser Vorsprung wird bei der Wahl gute Früchte tragen. Die einzelnen Kandidaten sind thätig an der Arbeit, sie stehen unter der Direktion des Landesvorstandes, der so die Agitation im ganzen Lande übersehen kann.

Das Zentrum ist mit seinen Kandidaten bis heute, drei Wochen vor der Wahl, noch nicht an die Öffentlichkeit getreten, es will offenbar seinen Kandidaten die unwahrscheinliche Aufgabe ersparen, vor die Wähler zu treten, denen die zweifelhafteste Haltung des Zentrums im Reichstage ganz besonders bei der Flottenvorlage und im Landtage in der Verfassungs- und Schulfrage keineswegs paßt. Wenn ein Zentrumsmann in einer Versammlung auftritt, spricht er entweder über das Handwerkergesetz, die Enghilfs des Papstes oder die Reife irgend eines obskuren Vaters in einem fernen Welttheil — von der Reichstagswahl wird nicht gesprochen. Dieses Schweigen spricht genug. Das Zentrum hat keine Kreise und keine Kandidaten. Ganz anders geht es unserer Volkspartei. Sie hatte bis jetzt von den 17 württembergischen Stimmkreisen 11 in ihrem Besitz. Sie hat aber keine Organisation und keine Masse und daraus ist es allein zu begreifen, daß diese 11 Abgeordneten fast nie im Reichstage waren. Dieser doppelte Mangel, verstärkt durch die Thätigkeit der volksparteilichen Führer im diätentagenden Landtag, macht sich bei der Kandidatenaufstellung bemerkbar. Keiner will eine ausschließliche Kandidatur zum Reichstage annehmen. So allein ist es zu erklären, daß Wahlkreise, die fast immer volksparteilich vertreten waren, wie z. B. Canstatt, Maulbronn, heute noch keinen Kandidaten haben. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß der bisher von dem verstorbenen v. Göttingen vertretenen 7. Wahlkreis, in welchem die Volkspartei nur mit geringer Minderheit unterlag, dem bauernbündlerischen Demagogen Schreyff bis jetzt nicht freitrag gemacht wird. Diese faule Thätigkeit wird sich im Wahlresultat in einem Stillstand der Volkspartei widerpiegeln. Ihren vollständigen politischen Vortritt hat die früher in Württemberg so großsprecherische deutsche Partei schon vor der Wahl selbst erklärt. Sie wagt es überhaupt nicht mehr, als selbständige Partei einzutreten und wird in verschiedenen Kreisen von vornherein mit den konservativ-antifaschistischen gefährdeten Bauernbündler-schwäbischer Färbung gemeinsame Sache machen, d. h. für deren Kandidaten eintreten. Die Partei Drehscheibe scheidet damit aus der Reihe der selbständigen Parteien aus, was gewiß kein Fehler ist. Das wichtigste wird in Heilbronn geleistet, wofür der in ganz Europa berühmte Oberbürgermeister Hegimater als

Kandidat der Agrarier auftritt und von der deutschen Partei und dem Zentrum als erklärter Gegner gegen die Sozialdemokratie interpellirt wird, derselbe Hegimater, gegen den seine Gemeinde das Verordnungsverfahren angestrengt hat und der, früher Reserveleutnant und Staatsanwalt, vom württembergischen Weidwinnkollegium als verrückt erklärt worden war. Im ersten Wahlkreis (Stuttgart-Stadt und Um) haben die Nationalliberalen nach dem Frankfurter Beispiel auch eine „Sammlung“ versucht, sie hätten direkt einen Volksparteiler angenommen, um den Kreis nochmals seiner rechtmäßigen Bestimmung, der Sozialdemokratie, zu entreißen, aber die Volkspartei lehnte den Kompromiß ab, aus Rücksicht auf die sozialdemokratischen Stimmen, die sie bei den Stichwahlen in verschiedenen Kreisen notwendig braucht. Da die Volksparteiler hierzulande in so hohem Grade stehen, daß sie es mit einem ihrer Parteigenossen auf eine ernste Probe gar nicht mehr ankommen lassen können, haben sie ihre Rücksicht zu einem „parteilosen“ Kandidaten, dem Professor Gieseler, genommen, der ehregeizig genug ist, auch in einem Durchfall eine große Genugthuung zu erlangen.

Aus alledem ist ersichtlich, daß eine eigentliche Wahlbewegung noch nicht zu beobachten war. Sie wird in den katholischen Gegenden einen widerwärtigen Charakter annehmen. Die Zentrumsparteiler haben seit Gründung des Zentrums in Württemberg ihre Schäfte in dem Kampf mit geistigen Waffen so geschult, daß diese selbst vor Gewaltthatigkeiten nicht zurücktreten, wenn sie in der Mehrheit gegen die Sozialdemokraten sind. Was die Zentrumspartei über uns schreibt, würde selbst unsere rheinischen Genossen noch überraschen. Trotz alledem ist bei uns alles klar zum Gesicht und guten Blutes ziehen unsere Genossen hinaus in die entfernten Winkel des Landes, um den Kampf aufzunehmen gegen politische und religiöse Volkserziehung. Der 16. Juni wird auch für Württemberg ein Tag erfreulicher Ernte für eifrige Arbeit sein! —

Von der Agitation.

Vor einer überaus zahlreich besuchten Versammlung sprach Wedel am Dienstag in Erfurt. Lieberer referirte am Sonnabend in Linden bei Hannover und am Sonntag in Hildesheim in zwei Versammlungen, die eine überaus zahlreiche Theilnahme aufwiesen und glänzend verliefen.

In Schweinfurt gelangte am Sonntag das erste Wahlflugblatt unserer Partei in einer Auflage von 25 000 Exemplaren zur Vertheilung.

In Göttingen wurden von unseren Parteigenossen am Sonntag 30 000 Flugblätter vertheilt. In Bornim im Wahlkreis Ost-Havelland fand am 23. Mai die erste sozialdemokratische Versammlung statt, die von 350 Personen besucht war. Genosse Schröder, der Kandidat unserer Partei, verstand es in seinem Vortrag, die Zuhörer auf das lebhafteste zu fesseln und sang die Versammlung in ein begeistertes aufgenommenes Hoch auf die Sozialdemokratie aus.

Aus Oberschlesien. Die rege Thätigkeit, welche unsere Genossen zu Gunsten der sozialdemokratischen Kandidaten entfalten, beunruhigt die Zentrumskandidaten gar sehr. Eine so planmäßige und gründliche Verbreitung von sozialdemokratischen Wahlschriften wie gegenwärtig in Oberschlesien auch noch nie erfolgt. Von dem zweiten augenblicklich zur Vertheilung gelangenden Flugblatt, das in deutscher und polnischer Sprache abgefaßt ist, werden, wie der „Sachl. Volksztg.“ geschrieben wird, „buchstäblich ganze Wagenladungen vertheilt“. Die Vermittler gehen in jeden Ort, in jedes Haus, ja, in jede Wohnung. In diesem Flugblatt wird dem Zentrum die heuchlerische Maske der Arbeiterfreundlichkeit in der schamlossten Weise vom Gesicht gerissen, indem die „Lebesgaben“ und Ausfuhrprämien-Wirthschaft, sowie die Brotvertheilungs-Politik dieser „Volkspartei“ gebührend gekennzeichnet wird. Der nationaldemokratische Stande angehörende Korrespondent des ultramontanen Blattes schreibt zwar, das Flugblatt strotze von gemeinsten Lügen und erdichteten Vorwürfen gegen das Zentrum. „Selbst auf der Kanzel“, so heißt es in dem Artikel, „muß man in geiziger Weise die brave Volk vor diesen rothen Altar und Thronstühlen warnen.“ Daraus kann man sich einen Begriff machen, wie jetzt in den Kirchen Oberschlesien gegen die Sozialdemokratie gedonnert werden mag. Solche Ergüsse aber beweisen uns nur, daß das Flugblatt das Zentrum an seiner verwerflichsten Stelle getroffen hat, und zwar tief getroffen hat, das zeigt das Schmerzensheulen der schwarzen Gefellen am besten.

Reichstags-Kandidaturen.

Aufgestellt wurden in Breslau-West von den Nationalliberalen Prof. Kaufmann; in Breslau-Land von der freisinnigen Volkspartei Justizrath Schneider; in Hamm von der freisinnigen Volkspartei Justizrath Bindhorst; in Gießen von den freisinnigen und Nationalliberalen Fabrikbesitzer Franck; in Braunschweig von den Deutsch-Sozialen Jungmüller-Schumann; in Orlauch von Meerrane als Ordnungskandidat Ingenieur Heuerforst; in Ulm von den Nationalliberalen Hartmann; in Nürnberg von der Volkspartei Prof. Quide, vom Zentrum Dr. Helm.

In Sachen sind bis jetzt insgesamt von den verschiedenen Parteien 62 Kandidaten zur Reichstagswahl nominirt. Die Sozialdemokratie hat sämtliche 23 Kreise besetzt, während Kartellkandidaten (konservative, Nationalliberale, Bündler) in 15 Kreisen aufgestellt sind. Unter diesen befinden sich 9 Kreise, welche im letzten Reichstage sozialdemokratisch vertreten waren. Von den 15 Kartellisten gehören 8 der konservativen und 7 der nationalliberalen Partei an. In drei Kreisen stehen sich konservative und Nationalliberale gegenüber; außerdem haben die konservativen noch in zwei Kreisen Kandidaten auf eigene Faust aufgestellt. Ferner haben die Antifaschisten in acht, die Freisinnigen in fünf Kreisen — meist „Zählkandidaten“ — aufgestellt. Die National-Sozialen haben in den zwei Leipziger Kreisen Kandidaten ohne jede Aussicht auch nur auf einen Achtungserfolg proklamirt. In den zwei Dresdener Kreisen stellt das Zentrum auch einen Zählkandidaten auf. Im 3. und 19. Kreise sollen von den konservativen bez. Kartell noch Kandidaten bestimmt werden. In Berücksichtigung dieses letzteren Umstandes werden sich zur Wahl nach der jetzt gegebenen Konstellation, an der sich wohl nichts mehr ändern wird, in zwölf Kreisen 2, in acht Kreisen 3, in einem Kreise 4, und in den 2 Leipziger Kreisen sogar 5 Kandidaten gegenübersehen. Vollständig im Druck ist die Organisation der Gegner im 8. Wahlkreis (Pirna-Sebnitz). Dieser Kreis war früher lange Zeit freisinnig, dann konservativ und zuletzt antifaschistisch vertreten. Die konservativen und freisinnigen stellen hier, da sich ihre Organisationen aufgelöst haben oder in der Auflösung begriffen sind, keine Kandidaten auf. Von den Antifaschisten kandidirt dem Sozialdemokraten Prädorf gegenüber der Fabrikant Roge. Unterstützt wird letzterer vom Bund der Landwirthe. Die anderen gegnerischen Parteien verhalten sich vollständig passiv. Der Kreis wird sicher in die Hände der Sozialdemokratie fallen.

Der Frankfurter Kuddelmuddel wirkt aufsteigend: Auch im Nachbarreise Offenbach-Dieburg haben Freisinnige und Nationalliberale einen gemeinsamen Kandidaten aufgestellt. Es ist dies der Offenbacher Handelskammer-Sekretär Schlopmacher, ein Anhänger der Handelsverträge. Man hat mit der Proklamirung bis jetzt gewartet aus Furcht vor den nationalliberalen Bauern des Dieburger Bezirks. Diese werden nun wahrscheinlich einen Bündler aufstellen. Die Antifaschisten proklamirten zugleich als ihren Kandidaten den Landwirth Hand in Schafheim und vom Zentrum bewirbt sich Weinbändler Molthan um das Mandat. Aus der Hoffnung, welche die „Frei. Ztg.“ heute Abend ausspricht: Es würden anger den Sozialdemokraten und Ultramontanen alle Wähler für Schlopmacher stimmen, wird jedenfalls nichts.

Im Wahlkreis Lennep-Weitmänn beabsichtigt das Zentrum, gleich im ersten Wahlgang für den freisinnigen Kandidaten Fischbeck zu stimmen. Man gedenkt dadurch den mittelparteilichen Kandidaten von der Stichwahl mit unserem Parteigenossen Meiß auszuschließen.

In Königsberg wollen die konservativen von einer eigenen Kandidatur absehen und für den Kandidaten der Freisinnigen und Nationalliberalen, den Geheimrath Frenzel, stimmen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Mai.

Bei dem Biesberger Grubenarbeiter-Streit sind noch einige, bisher von uns nicht erwähnte Thatsachen recht lehrreich für das heutige Verhältnis der „Gleichberechtigung“ zwischen Kapital und Arbeit.

Die Betriebsverwaltung kündigte den 3—400 Arbeitern, welche auf Maria Verkündigung (25. März) nicht anfahren, durch Anschlag in der Stube der Grube. Die Anknappen, welche sich mit den Entlassenen solidarisch fühlten, glaubten nun, ihrerseits auch durch gemeinschaftliche schriftliche Kündigung die Sache abmachen zu können. Die Eingabe wurde jedoch nicht angenommen, weil in den Statuten steht, daß wohl das Wort das Recht habe, Massenkündigungen vorzunehmen, daß jedoch jeder Arbeiter einzeln auf dem Bureau erscheinen und seinen Willen kundgeben müsse. Davor sind die abhängigen Leute wohl zurückgeschreckt, in ihrer Hilflosigkeit haben sie dann bereits fünf Tage vor Ablauf der von ihnen zuerst für richtig gehaltenen Frist die Arbeit niedergelegt. Auf diese Weise sind sie „Kontraktbrüchige“ geworden. Hier liegt offenbar eine arge Ungerechtigkeit in der Arbeitsordnung, vielleicht auch eine Wunde in der Gewerbe-Ordnung, bezw. im Vergesetze vor. Der lokale Kampf ist durch solche Bestimmungen den Arbeitern wesentlich erschwert.

Weiter theilte Herr Dr. Veumer mit, daß die kontraktbrüchigen Arbeiter ihre Anknappschastsrente, die sich in einzelnen Fällen auf 400 Mark beläuft, verwirkt hätten. Wenn das richtig ist, so wäre es wohl die höchste Zeit, die ganzknappschastlosen-Organisation einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. In allen unseren Versicherungsverhältnissen hat man auf die Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses auch nach dem Ausscheiden aus den früheren Arbeitszweigen Bedacht genommen. Sind die Vergelute, die den Knappschastlosen durch Zwang zugezogen werden, immer mit schweren Verlusten zu bestrafen, wenn sie — vielleicht gar nicht einmal freiwillig — die Arbeit auf den Gruben aufgeben? Was haben die Mehrleistungen der Knappschastlosen gegenüber der sonstigen Reichsversicherung für einen Werth, wenn der Bergarbeiter zwar sicher ist, seine Beiträge zahlen zu müssen, aber stets im Ungewissen bleibt, ob ihm auch die entsprechenden Leistungen zu gute kommen werden? Aus den Aeußerungen des Dr. Veumer klingt es ganz deutlich heraus, daß die Unternehmer diese Klassenverhältnisse benutzen, um die Arbeiter terroristisch einzuschüchtern und an der Feine zu halten.

Die Sozialdemokratie in der neuen französischen Kammer.

Die „Revue Républicaine“ giebt folgende Uebersicht über die sozialistischen Wahlerfolge:

Im ersten Wahlgang sind 16 Sozialdemokraten gewählt; davon entfallen 7 auf Paris und dessen Vororte, 9 auf die Provinzen. Bei den Stichwahlen sind 30 Sozialisten — 9 in Paris und 21 in den Provinzen — durchgekommen. In Paris und Umgebung (Departement de la Seine) sind folgende sozialistische Abgeordnete gewählt: Berthelot, Chauvière, Coutant, Dejeante, Gras, Pascal Grouffet, Grouffier, Clovis Hugues, Lalage, Millerand, Renou, Rouanet, Sembat, Vaillant, Viviani, Walter. In den Provinzen sind gewählt die Genossen: Allard (Dragnignan), Bénézech (Lodève), Bonnard (Yvon), André Boyer (Marcelle), J.-L. Breton (Vierzon), Cadenat (Marcelle), Calviniac (Toulouse), Garnaud (Marcelle), Colliard (Yvon), Debège (Alais), Dufour (Issoudun), Ferrero (Loulon), Florent (Yvon), Journière (Gusse), Soujat (Cosne), Jourde (Bordeaux), Krauz (Yvon), Labussière (Limoges), Lafere (Beziere), Laffalle (Sedan), Légitimus (Gnadoupe), Létag (Montluçon), Léo Melliet (Marmande), Valiz (Billefranche), Pastre (Le Vigan), Poulain (Mézères), Taubéant (Montluçon), Théron (Carcassonne), Pierre Vaug (Yvon), A. Jévaès (Grenoble).

Die neugewonnenen Sitze sind die der Genossen: Berthelot, Gras, Lalage (Seine); Allard, Bénézech, Cadenat, Colliard, Debège, Dufour, Ferrero, Florent, Journière, Lafere, Laffalle, Légitimus, Létag, Léo Melliet, Valiz, Pastre, Poulain, Théron, A. Jévaès (Provinzen).

Das Ergebnis der Wahlen stellt sich für die Sozialisten nun wie folgt: Behauptet 24 Sitze, neu gewonnen 22 Sitze, verloren 11 Sitze.

Die neue Kammer wird demnach 46 Sozialisten zählen, während die frühere deren 35 zählte.

Dazu ist zu bemerken, daß hier nur die eigentlichen Sozialisten gezählt sind und nicht jene Leute, die, wie Boulangeristen, Revisionisten u. s. w., in ihrem Programm wohl einige soziale Forderungen aufgestellt haben, im übrigen aber für das Regiment des Säbels schwärmen.

Nach den Resultaten der Stichwahlen wird die neue Kammer zusammengesetzt sein aus 225 Opportunisten, 190 Radikalen und radikalen Sozialisten, 46 Sozialisten, 45 Maillirten, 26 Revisionisten-Antifaschisten und 49 Reactionären, zusammen 581 Deputirten.

Von den belgischen Wahlen. Aus Brüssel wird uns vom 24. d. M. geschrieben:

Die Wahlen vom 22. Mai bedeuten einen starken Rückgang des Antifaschismus, ein Vorwärtsschreiten der Demokratie, insbesondere der Arbeiterpartei. Ganz besonders stark ist die Zunahme der sozialistischen Stimmen. Wir gewannen im Gand (Cortil) 7000, in St. Nicolas 400, in Mook (Cortil) 19 000, in Andenarde 3000, in Termonde 3000, in Mons 1000, in Charleroi 10 000, in Ath 4000, in Tournai 2900, in Soignies 5000, in Xhain 7000, in Liège 1000, in Serviers 2000, in Huy (alliance) — Waremme (alliance) — Tongres 1800, zusammen 62 700 Stimmen.

Dr. Doye, der Chef der Liberalen, ist 2500 Stimmen hinter den am meisten begünstigten Kandidaten der gleichen Liste zurückgeblieben. Ein Minister, Herr Debruyne ist hart bedroht von einem Christlich-Demokraten in St. Michaels ist ein dissidirender Liberaler mit 6000 Stimmen Majorität aus der Urne hervorgegangen, ein anderer ist in Tongres gewählt.

Die Sozialisten kommen in die Stichwahl in Soignies, Thuin, Mons (ein Sitz), Waremme, Bütlich und Serviers.

Die Politik der Regierung dürfte in der nächsten Kammer über 9 Stimmen weniger verfügen. Das bedeutet gute Aussichten für 1900, in welchem Jahre sich die große Mehrheit der Liberalen zur Neuwahl zu stellen hat; dann wird auch Brüssel an den Neuwahlen mitbetheiligt sein.

Das Eintreten der sozialistischen Partei für die Kandidaten der Opposition bei den Stichwahlen, wo sie selbst unbetheiligt ist, hat einen sehr guten Eindruck im Lande gemacht und die Liberalen werden, wenn sie nicht den ganzen Jörn aller demokratischen Elemente auf sich ziehen wollen, jedenfalls gut thun, wenn sie auch ihrerseits, wie es die Radikalen zu thun erklärt haben, für den Sozialisten, gegen den Liberalen eintreten. Der Brüsseler Generalrath der „liberalen Arbeiterpartei“ hat, wie der „Peuple“ mittheilt, bereits einen dahingehenden Beschluß gefaßt und seine Anhängererschaft im Lande angewiesen, liberal den Kandidaten der Opposition zu unterstützen.

Ueber die Lage in Italien liegen die folgenden telegraphischen Meldungen aus Rom vor:

Die „Opinione“ theilt mit, der Ministerrath hieß einstimmig die Vorschläge an, welche dem Parlament hinsichtlich der

Durch die jüngsten Unruhen bedingten gesetzgeberischen Reformen unterbreitet werden sollen.

Der „Osservatore Romano“, das Organ des Vatikans, veröffentlicht einen an den Erzbischof von Mailand, Cardinal Ferrari, gerichteten Brief des Papstes. In dem Briefe heißt es, die ersten Unruhen in verschiedenen Gegenden Italiens, besonders in Mailand, hätten den Papst tief bewegt; sie seien das Ergebnis der bösen Saat, die bei der großen Sittenverderbnis ungekräft in Italien zum Nachtheil der Religion ausgebreitet wurde. Es gebe Leute, welche ehrenhaften Reichthümern die Schuld an den Unruhen beimesse, weil sie der Kirche und dem Heiligen Stuhle ergeben seien; man thue, als ob man nicht wisse, daß die Kirche lehre, sich nicht in Volkswirren zu mischen. Die Katholiken veranlassen keine Unruhen, folglich müsse man die Urheber und Mitschuldigen anderwärts suchen. Der Papst fährt dann in dem Briefe fort, er hätte gewünscht, daß der Erzbischof von Mailand während der so kritischen Zeit als Friedensvermittler hätte in Mailand sein können, die Verleumdungen, welche gegen den Erzbischof von Mailand wegen seiner Abwesenheit gerichtet worden seien, die ohne böswillige Voreingenommenheit unbemerkt geblieben wäre, hätten den Papst sehr betrübt. Die Angriffe seien nicht so sehr gegen die Person des Cardinals, der stets ein bemerkenswerthes Beispiel pastoraler Mildthätigkeit gegeben habe, gerichtet, als gegen das von ihm vertretene Prinzip. Man begreife nicht, warum dieser Krieg gegen die bischöfliche Autorität führen könne, wenn die soziale Autorität selbst sich erschüttert fühle. Zum Schluß des Briefes heißt es, der Papst habe in den Beweisen von Achtung und Ergebenheit, welche die Geistlichkeit von Mailand dem Cardinal Ferrari dargebracht habe, Trost gefunden und er hoffe, daß auch die katholischen Laien Mailands in der Achtung und Zuneigung zu ihrem Hirten einig bleiben werden.

Der Abbe Davide Albertario, Direktor des „Osservatore cattolico“ in Mailand, wurde heute auf Befehl des Generals Vava in Zellighera (Pavia) verhaftet.

Aus Lugano wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: Der erste Prozeß, der gestern vor dem Mailänder Kriegsgericht verhandelt wurde, betraf 10 am Abend am Donnsplatz Versammler, die der Teilnahme an der Demonstration, die den Unruhen des nächsten Tages vorausging, angeklagt sind. Sie wurden sämtlich zu Gefängnis von 15 Tagen bis zu ein und zwei Jahren, einer zu sieben Jahren, verurtheilt. — Nach der „Perseveranza“ dauert der Agrarstreik in der Provinz Mantua fort. — Die „Agenzia Italiana“ theilt mit, die Regierung werde die Kammer auffordern, die Verantwortung aller Interepellationen, die betreffs der inneren Politik eingebracht worden, aufschieben zu lassen, um so einer Diskussion der letzten Vorgänge aus dem Wege zu gehen. Di Rudini sei der Ansicht, eine solche Diskussion könnte nicht stattfinden, ohne den Gang der in Schwere befindlichen Prozesse gegen die „Aufwiegler und Aufrührer“ zu beeinträchtigen. Allenfalls aber werde der Minister-Präsident Legislative Maßregeln vorschlagen, durch welche „neuen Wirren vorgebeugt“ würde. Gleichzeitig werde die Regierung sich vier bis sechs Procent des Budgets provisorisch bewilligen lassen.

Deutsches Reich.

Stand des Innungswesens im Deutschen Reich. Angesichts der in der Ausführung begriffenen Organisation des Handwerks mögen einige Daten über den gegenwärtigen Stand des Handwerks und seine bisherige Organisation in Preußen von aktuellem Interesse sein.

Die Zahl der Handwerksmeister betrug Anfangs des vorigen Jahres ungefähr 735 000. Von diesen waren in etwa 31 pCt. organisiert, also noch nicht 31 pCt. Die Zahl der Innungen betrug nahezu 8000, so daß im Durchschnitt rund 28 Handwerksmeister auf eine Innung entfallen.

1408 Innungen besaßen auf Grund des § 100b der Gewerbeordnung die Befugnis, Streitigkeiten zwischen Handwerksgehilfen und ihren nicht zur Innung gehörenden Meistern zu entscheiden und die zur Regelung des Lehrlingswesens erlassenen Vorschriften auch auf außerhalb der Innung stehende Handwerker und deren Lehrlinge auszu dehnen, eine Minderheit auch das vollere Recht, Nichtinnungsmeister überhaupt das Halten von Lehrlingen zu verbieten.

Dagegen ist von der Befugnis gemäß § 100f der Gewerbeordnung, den Innungen das Recht zu verleihen, Nichtinnungsmitglieder zu den Kosten gewisser Innungseinrichtungen mit Beiträgen heranzuziehen, nur in 90 Fällen Gebrauch gemacht.

Es gehörten mithin 17—18 pCt. aller Innungen zu den privilegierten Innungen, deren Umwandlung in Zwangsinnungen das Organisationsgesetz auf ihren Antrag zuläßt, ohne daß es dazu der Zustimmung der Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden des Bezirkes bedarf.

Die Zahl der Innungslehrlinge betrug etwa 188 000, also wenig über 61 pCt. der Zahl der Innungsmeister. Da eine größere Zahl von Meistern mehr als einen Lehrling hält, so dürfte nahezu die Hälfte aller Innungsmeister ihr Gewerbe ohne Lehrlinge betreiben haben. Da nach der Gewerbezahlung von 1895 in Preußen im ganzen 836 782 gewerbliche Lehrlinge vorhanden waren, so ergibt sich, daß die Innungen nur etwa 7/8 aller Lehrlinge in sich schließen.

Den Innungsanrücken endlich gehörten nur etwa 7 pCt. der im Handwerk beschäftigten Gesellen und Lehrlinge an; die bei ihnen Versicherten bildeten wenig mehr als 1 pCt. der bei allen Anrücken zusammen Versicherten.

Eine interessante Agrarfrage. Zu der Frage, welchen Nutzen die Bauern von der Steigerung der Getreidepreise haben, hat der „Hohenstaufen“ bei 20 Bauern des Bezirks Göttingen oder sonstigen Personen, die mit den Verhältnissen durchaus vertraut sind, angefragt, inwiefern die fortgesetzte steigende Getreidepreise unserem Landvolk, eventuell unserer Landwirtschaft zu gute kommen und wie viel Prozent der Einwohnerzahl des betreffenden Dorfes überhaupt, bezw. im Augenblick Getreide zu verkaufen haben. Die bis jetzt eingegangenen Antworten stimmen durchweg überein und sind ein schlagender Beweis dafür, daß eine Unterfertigung der Bestrebungen des Bundes der Landwirthe nicht bloß für die Industrie, sondern in ganz bezeichnender Weise für unsere bäuerliche Bevölkerung selber direkt von Nachtheil ist. Der „Hohenstaufen“ veröffentlicht das Ergebnis seiner Enquete aus dreizehn Ortschaften des Bezirks Göttingen. Alle Berichte beweisen ausnahmslos, daß die Göttinger Bauern aus den Preissteigerungen der Weizen lediglich kein Interesse, sondern Schaden davon haben und dies einfach deshalb, weil die Bauern gerade das nicht verkaufen, sondern kaufen müssen, was die Junfer jetzt mit den gedrückten Bauern Hilfe unmäßig übertheuern wollen. Wir entnehmen einem dieser Berichte den in allen Briefen wiederkehrenden Hauptpunkt:

„Auf Ihre Anfrage habe Ihnen mitzutheilen, daß es kaum der fünfte Theil unserer aderbautreibenden Einwohner sein wird, der überhaupt einmal in die Lage kommt, Frucht zu verkaufen, und auch diese können, wenn's hoch kommt, höchstens 10 bis 15 Zentner verkaufen pro Jahr. Im letzten Jahre war die Ernte gering, und es fiel deshalb der Verkauf fast ganz aus. Die Hälfte unserer Einwohner ist genöthigt, jahraus jahrein sich die unentbehrlichsten Lebensmittel zu kaufen.“

Wir vermuthen, eine Umfrage bei den Bauern in ganz Württemberg würde dasselbe Resultat wie in Göttingen ergeben.

Die Frage nach den Vorstrafen ist für Zeugen wie für Angeklagte belamlich oft die Ursache schwerer Schädigungen, während sie für die gerichtliche Entscheidung schließlich ganz überflüssig ist. Auch die Justizkommission des Abgeordnetenhauses hat in einem in den letzten Tagen der Session noch fertiggestellten Bericht anerkannt, daß die Frage in der That der Ermüdung werth sei, ob und inwieweit ein Zeuge gesetzlich von der Pflicht der Auskunftsertheilung über seine Vorstrafen zu entbinden sei, etwa nach Ablauf einer bestimmten Frist, zumal das Strafrecht selbst bezüglich sämtlicher strafbaren Handlungen auf Grund Zeitablaufs Folgerungen zu Ungunsten des Angeklagten nach bestimmten Richtungen hin nicht mehr

zieht. Ein Kommissionsmitglied berichtete hierbei den Fall, daß ein westfälischer Bauernsohn, der in der Jugend eine Zuchthausstrafe erlitten hatte und zur Wiedererlangung einer bürgerlichen Existenz in einer fernem Provinz (Wesien) angeheiratet worden war, dort nachgerade in eine geachtete Stellung gelangt und sogar Gemeindevorsteher geworden sei. Da sei er — 30 oder 40 Jahre nach jener Verurtheilung — bei einer Zeugenvernehmung nach den Vorstrafen gefragt, habe aber aus Furcht vor einer Vernichtung seiner Existenz jene Strafe verschwiegen. Der Angeklagte habe indessen jene Vorstrafe ausgemittelt und dann der Zeugen wegen Meineides zur Verantwortung ziehen lassen, wodurch seine bürgerliche und wirtschaftliche Existenz vollständig vernichtet worden sei. Die Kommission kam nur darum zu keinem Beschluß, weil die Frage zur Zuständigkeit des Reiches gehöre.

Die „Post“ thut so, als ob sie an ihren Fiml noch glaubt; stark muß der Glaube jedenfalls nicht sein, sonst hätte sie nicht selbst den Herrn suspendirt.

Die „Post“ meint ferner, wenn Bebel nicht gegen seine Verleumder klage, so „liegen die Schlussfolgerungen aus einem solchen Verfahren auf der Hand“. Die „Post“ irrt, es giebt Kreaturen, gegen die zu klagen man nicht nöthig hat, die man mit Verachtung straft.

Aus Elsaß-Lothringen, 24. Mai. (Eig. Ber.) Die von Zeit zu Zeit auftretenden Massenkrankungen in einzelnen Truppentheilen der deutschen Armeen finden ihre natürliche Erklärung, wenn man gelegentlich einmal erfährt, wie es in den militärischen Proviantämtern hiers herzugehen pflegt, welche die Rohmaterialien für die Verpflegung unserer Soldaten zu beschaffen und aufzuspeichern haben. In Mülhausen fand gestern eine Verhandlung vor der Berufungskammer des Landgerichts statt, wobei skandalöse Vorkommnisse beim Mülhauser Proviantamt aufgedeckt wurden. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Die Mülhauser Proviantämter Robert und Johann Glur und Rodenheim hatten die früher bei ihnen angestellt gewesenen Obermüller Otto Fischbach und Franz König wegen verletzender Verleumdung verklagt. Das Mülhauser Proviantamt läßt seinen Koggen sämtlich in der Mühle der Herren Glur mahlen und dabei scheint es nicht immer mit rechten Dingen zugegangen zu sein. Nach ihrem Austritt aus dem Geschäft Glur sprachen darüber die beiden angeklagten Obermüller einen gemeinschaftlichen Brief an das Proviantamt, um dieses auf die Unregelmäßigkeiten aufmerksam zu machen. In dem Briefe wurde behauptet, die ganze Haushaltung Glur lebe von dem Mehle des Proviantamtes, in ihrer Bäckerei werde nur von diesem Mehl verbraucht und außerdem habe die Firma Glur davon hiehm und dorthin doppelzentnerweise verkauft. Hierdurch entstand nun selbstverständlich für das Proviantamt ein bedeutender Gewichtsverlust; diesen suchte man aber in der Mühle selbst wieder auszugleichen, und zwar auf eine Weise, welche geradezu an Unglaubliche grenzt. Beim Mahlen des Roggens giebt es blererei Mehl: einen ersten, zweiten, dritten und vierten Zug; letzteres ist das Schwarzmehl, von dem für unsere Soldaten das Brot gemacht wird. Die Firma Glur gebrauchte für sich und verkaufte an andere, aber nur vom ersten Zug, also vom besten Mehl des Proviantamtes, gleich dagegen die entstehende Differenz immer am schwarzen Mehl aus, weil das am anderen nicht möglich war. Zu diesem Zwecke wurden nun allerhand Experimente gemacht. Das sämtliche Puz- und Staubmehl wurde hineingemengt; von einer Mülhauser Firma wurde Hühnerfutter zentnerweise gekauft, gemahlen und mit dem Schwarzmehl vermischt; dasselbe geschah mit den sogenannten „Ratten“, jenen schwarzen Körnern, die von der Frucht ausgehoben werden und die jeder Landwirth als besonders gesundheitschädlich kennt. Das Proviantamt, dem alle diese skandalösen Durchschereien entgangen waren, veranlaßte zwar keine strenge Untersuchung gegen die Herren Glur, lieferte ihnen aber den Brief der Obermüller aus, damit sie die Sachverhalte desselben wegen Verleumdung belangen sollten. Das geschah und die erste Verhandlung vor dem Schöffengericht führte zur kostenlosen Freisprechung der Beklagten. Die Herren Glur legten gegen das Urtheil Berufung ein, sodas nunmehr die Strafkammer sich mit der Sache zu befassen hatte. Der vor derselben geführte Wahrheitsbeweis der beiden Obermüller war so niederschmetternd für die Kläger, daß auch die Berufungsinanz zur glänzenden Freisprechung der Beklagten gelangte und den Klägern die gesammten Kosten beider Instanzen zur Last legte. Es bleibt nun abzuwarten, ob jetzt das Mülhauser Proviantamt die strafrechtliche Untersuchung gegen die schwer kompromittirte Firma veranlassen wird.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Das Reichsgericht verwarf am 24. Mai die Revision des Schuhmachers Nikolaus Dombrowski, der am 12. März vom Berliner Landgericht I wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt wurde.

Von dem Landgericht Dresden wurde der 65 Jahre alte Schiffsbauer Reinhold Weise zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. Widerstand war bei Abmessung der Strafe die Trunkenheit des Angeklagten bei Verübung der That und in Betracht gezogen worden. Andererseits fielen seine vielen Vorstrafen wegen Verleumdung, Körperverletzung etc. ins Gewicht. Der Angeklagte trug das eiserne Kreuz und sonstige militärische Dienstauszeichnungen auf seiner Brust.

Wie uns eine Privatdepesche aus Magdeburg meldet, wurde Genosse E. Vogt wegen Majestäts- und Ministerbeleidigung zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 25. Mai. Die österreichische Delegation ist die Verhandlung über das Heeres-Ordinariat fort. Die Abg. Thurnher (kathol. Volksp.) und Kienmann (deutsche Volksp.) sprechen verschiedene Wünsche, betreffend Verbesserung der Mannschaftslohn, Reform der Militär-Strafprozess-Ordnung, militärisches Erziehungswesen und des Lieferungswesens, aus. Der Abg. Kienmann wendet sich ferner gegen das fortwährende Anwachsen der Heereslasten, welches in keinem Verhältnisse zur Leistungsfähigkeit des Volkes stehe.

Leuberg, 25. Mai. („Post, Hg.“) In Przemysl veranfaßten gestern die Arbeitslosen eine Kundgebung. Die Theuerung der Lebensmittel ist groß, das Elend entsetzlich. Der Przemysler Gemeinderath leitete eine Hilfsaktion ein. Der Statthalter reiste von Przemysl ab. — Eine spätere Drahtmeldung meldet: Die gestrigen Unruhen in Przemysl waren bedeutend; die arbeitslose Menge erhielt Zuwachs durch 600 Bauarbeiter, die wegen plötzlichen Mangels an Jagein entlassen wurden. Die Arbeitslosen rotheten sich vor den Häusern und Büden der jüdischen Händler und Lebensmittelhändler zusammen und plünderten die Vorräthe. Erst das herbeigeeilte Militär machte der Plünderung ein Ende. Die Unruhen wiederholten sich nachmittags und abends.

England.

London, 24. Mai. Unterhaus. Die Spezialdebatte der irischen Lokalverwaltungsbill wurde nach viertägiger Erörterung erledigt; die von der Regierung beanstandeten Unteranträge wurden abgelehnt. Dick's Vea's beantragt Vertagung des Hauses bis zum 6. Juni. Dille verlangt Auskunft, wann das Haus die auswärtige Politik beraten könne. Eine Politik von Allianzen sei von verschiedenen Ministern angedeutet worden; dies sei eine wichtige Veränderung der auswärtigen Politik, welche das Haus erörtern sollte; man habe von einer deutschen Allianz und anderen Allianzen gesprochen. Dick's Vea's erklärte, es sei vereinbart worden, daß heute keine Debatte über die auswärtige Politik stattfinden solle. Wenn die Opposition die auswärtige Politik beraten wolle, so möge sie ein Adelsvotum beantragen. Hierauf wurde der Antrag auf Vertagung angenommen.

Norwegen.

Christiania, 20. Mai. (Vol. Ber.) Die norwegische Regierung hat im Storting eine Vorlage betreffend die Bewilligung eines außerordentlichen Credits von 16 Millionen Kronen für A. i. f. u. g. o. z. w. e. k. e. eingebracht. Hieron sollen 9,2 Millionen für den Bau zweier Panzerschiffe bestimmt sein. Wie es heißt, sind bereits die erforderlichen Vereinbarungen mit den „Armstrong works“ getroffen worden, welche sich verpflichtet haben, beide Schiffe eventuell noch vor Ende dieses Jahres zu liefern. Die Waffenfabrik in Stech dürfte mit der Lieferung von ungefähr 300 000 Gewehren, Karabinern und Revolvern beauftragt werden. Gegen 2 Millionen Kronen werden für Festungsbauten verausgabt werden, 200 000 Kronen für Einrichtungen behufs schneller Mobilisirung der Torpedoboote. Die Annahme der Regierungsvorlage durch den Storting sei als feststehend anzusehen.

Italien.

Der verstorbene Marineminister Brin, der als tüchtiger Fachmann galt und früher auch einmal dem Ministerium des Aeußern vorstand, galt als der Vertreter der Linken und der mächtigen piemontesischen Gruppe im Parlament. Durch Brin's Hinscheiden wird das Kabinett Rudini noch reaktionärer, aber auch in seiner parlamentarischen Stellung geschwächt.

Der Kriegsminister Sanmarzano übernahm interimistisch das Marineministerium.

Asien.

Jokohama, 25. Mai. Die Japaner haben am Montag Weidwei dem chinesischen Delegierten übergeben.

Shanghai, 25. Mai. Der „North China Daily News“ wird von einem Korrespondenten gemeldet, in Wenchow sei es zu Unruhen gekommen, bei welchen alle offiziellen Gebäude zerstört, die dort lebenden Fremden aber nicht belästigt wurden.

Afrika.

In Marokko scheinen sich wichtige Dinge vorzubereiten. Frankreich will die völlige Lahmlegung Spaniens durch den Krieg benutzen, sich in Marokko festzusetzen, es will seine algerische Kolonie nach Marokko hin ausdehnen und eine befestigte Stellung an der Straße von Gibraltar in seine Hände bekommen, um das Mittelmeer sperren zu können und sich so für die Beherrschung des Suezkanals durch England einen Ersatz zu schaffen. Die spanischen Besitzungen an der marokkanischen Küste sollen eventuell an Frankreich fallen, als Entschädigung dürfte die Republik dem geldbedürftigen Nachbar ein größeres Anlehen vermittelten.

Wahlpfeife.

Aus dem Tagebuch eines nationalliberalen Wählers.

Sonntag, den 22. Mai 1898. Wir sollen also wieder einmal wählen. Gestern Abend, in der Versammlung der Vertrauensleute unserer Partei, wurde ich von einem Konfurrenten, dem Gummitabrikanten Hiesmann (sein Gummi elastisch taugt nichts, er geht wohl auseinander wie ein Pfannkuchen, aber dann bleibt er auch so aufgedonnet, wie sein würdiger Erzeuger!), zur Rede gestellt, warum ich das letzte Mal nicht an die Urne gegangen sei. Ich möchte mir wissen, was das denn stert angeht. Ich kann doch mit meinem Stimmetzel anfangen, was ich will. Ich mach' ihm auch keine Vorschriften. Meinetwegen kann er sich damit —

Aber ich komme vom Thema ab. Und wenn auch in Sachsen nicht vom Thema gesprochen werden darf, so dürfen wir in Berlin wenigstens darüber schreiben. Also kurz und gut, die gestrige Versammlung hat einen großen Eindruck auf mich gemacht. Wir waren alle einig, daß etwas geschehen müsse, um den verfluchten Nothen das Spiel zu verderben. Ich war ganz gerührt, als der Herr Kommerzienrath Reichleben uns ermahnte, alle Parteinteressen aus dem Spiele zu lassen und nur an unser großes deutsches Vaterland und an Kaiserin und den heldenmüthigen Prinzen Heinrich in China zu denken. Also etwas mußte geschehen, aber was? Wenn man wählen will, muß man am Tag vorher ungefähr wissen, wie der Mann aussehen soll, den man wählt.

Ich habe bisher immer geglaubt, daß er sich besonders darauf verstehen müsse, über die Feinheiten zu schimpfen und den katholischen Pfaffen zu Weibe zu gehen. Im Alter siebzig rann, als ich in die Partei eintrat, hat man mich's so gelehrt. Es war das jene schöne Zeit, da mein patriotisches Herz jubelte, als es in der „Gartenlaube“ den schönen Aufsatz las, in der der Reich der deutschen Kronprinzessin, der jetzigen Kaiserin Friedrich am Sterbetebe des großen Gottesleugners David Strauß geschildert war. Ich muß sagen, das Ding hat mir damals so gut gefallen, daß ich mich selbst mit Stolz einen Atheisten nannte. Heutzutage darf man freilich so etwas nimmer sagen; man kommt sonst gleich in den Bereich eines Sozialdemokraten. Das erfuhr ich auch gestern. Als ich nämlich auf diese religiösen Dinge zu sprechen kam, zuckten die anderen Herren, die da waren, verlegen die Achseln, und ein Staatsanwalt, der im Komitee saß, richtete an mich die seltsame Frage, ob ich den § 168 kenne. Ich weiß nicht, was er damit sagen wollte; aber mir kam die Geschichte nicht recht gehener vor. Ich beschloß also, wie es einem vorläufigen Staatsbürger, der es mit seiner Handschaft nicht verderben will, geziemt, den Mund zu halten und die Ohren aufzusperren, um zu hören, was die anderen zu sagen hätten. Mit der religiösen Freigeschrei — das sah ich — war es nichts mehr. Ich war also gespannt, was die anderen unter dem Wort „nationalliberal“ verstanden.

Der erste, der nach dem Satz ergriff, war ein Universtitätsprofessor. Was er auf dem Katheder bedeutet, weiß ich nicht. Nur das eine kann ich sagen, wenn er meinem Jungen die Wissenschaft nicht klarer machen kann, als mir gestern die Politik, so begreift ich es nur zu gut, wenn der mir das nächste Mal durchs Gromen rassel. Er lobte Bismarck — das gefiel mir von dem Mann — aber weiter sagte er eigentlich nichts. Nur daß wir zusammenhalten müßten gegen die Reichsfeinde — das war sehr gut gesagt. Und dann recht viel Militär müßte da sein und eine starke Flotte — auch das kann ich mir denken; denn einmal die Revolution in Hamburg anzubringen, muß man doch das Rest vom Hofen aus beschießen können. Aber wie gesagt, mit wem wir eigentlich zusammengehen müßten, sagte er nicht.

Da rebete der Landgerichtsdirektor Siebeken deutlicher. Er meinte, die Zeiten seien vorbei, wo sich Liberale und Konervative bekämpften hätten. Die politischen Gegensätze seien ganz andere geworden. Der wahre Liberalismus sei heute konservativ, und die Konservativen seien die einzig wahren Liberale.

Ich muß gestehen, mir wurde bei dieser Rede ganz dumm im Kopfe; denn alles, was man mich früher hassen gelehrt hatte, sollte ich jetzt lieben. Junker und Pfaffen sollte ich Brüder nennen! Ich wollte mich räuspern, aber der Staatsanwalt, der meine Absicht bemerkt zu haben schien, guckte mich so durchbohrend an, daß ich ganz gemüth die Augen niederzuschlug. Zudem hatte auch dieser Redner alle seine Behauptungen mit Aussprüchen Bismarck's begründet, und wenn Bismarck etwas sagt, muß es doch wahr sein. Daher auch der folgende Beifall, der dieser Rede folgte.

Aber schon hatte ein neuer Redner das Wort ergriffen. Es war irgend ein Herr von und zu aus Ostpreußen. Wie er in unsere Versammlung kam, weiß ich nicht. Man sagte, er sei Landwirth und habe große Güter jenseits der Elbe. Er sprach sehr geläufig und bewies Harkheit, daß die liberale Politik der letzten Jahre keinen Gewinn halber werth gewesen sei. Sie habe der Masse des Volkes nur Elend gebracht und den Gebildeten und Besthenden ungeheure Lasten aufgebürdet. Der Freihandel sei nichts als Freigeberei, die Freizügigkeit hätte die Begehrtheit der Massen herangezogen, den großhändlerischen Rob erzeugt und die Landwirtschaft ruiniert. Auf dem Lande mangelte es an Arbeitskräften, weil alles in die Stadt ziehe. Die Städte seien überhaupt unser Unglück. Die Industrie müsse erkennen, daß sie nur die Dienerin der Landwirtschaft sein müsse. Hohe Getreidepreise, Verbot der Freizügigkeit, Abschaffung des Koalitionsrechts, das nur Sozialdemokraten zeuge, und vor allem Abschaffung unseres gemeingefährlichen Reichstags-

wahrscheinlich, daß den Pöbel zum Alleinherrscher im Staat mache, seien die ersten Vorbedingungen einer gesunden staatslichen Entwicklung. Wer diesen Reformen zustimme, der sei wahrhaft national und liberal. Er zweifle nicht, daß deshalb alle Anwesenden, die er für lauter patriotische Männer halte, damit einverstanden seien, daß er, der Redner, zum Kandidaten der nationalliberalen Partei aufgestellt werde. Im Namen der Konfervativen und des Bundes der Landwirthe könne er feierlich erklären, daß diese beiden Parteien dieser nationalliberalen Kandidatur nicht die geringsten Schwierigkeiten in den Weg legen würden. Der Redner schloß mit einem Hoch auf den Kaiser.

Ich kann den Jubel nicht beschreiben, der sich nach dieser Rede der Versammlung bemächtigte. Alle fühlten, daß das erlösende Wort gesprochen sei. Unsere Partei, die man schon so oft tot gefagt hat, hat gestern glänzend bewiesen, daß sie kräftiger und einiger besteht denn je. Wir haben einen Kandidaten, vor dem sich sogar die Konfervativen und der Bund der Landwirthe beugen. Ich kann nicht weiter schreiben — die Augen flimmern mir — patriotische Freudenstränen!

Partei-Nachrichten.

Aus London schreibt uns unser Korrespondent: Nachträglich habe ich eine bemerkenswerthe Feiertagsfeier zu erwähnen, die am 11. Mai in einem der größeren Londoner Restaurants stattgefunden hat. Freunde und Verehrer des Begründers und Leiters der Sozialdemokratischen Föderation, H. M. Hyndman, hatten in Würdigung der Verdienste, die sich derselbe in fünfundsiebzigjähriger öffentlicher Thätigkeit um die Sache des politischen Fortschritts und der Demokratie erworben, auf jenen Tag ein Festessen ihm zu Ehren veranstaltet, das einen überaus glänzenden Erfolg hatte. Gegen 200 Personen, den verschiedensten Richtungen der sozialistischen und radikalen Bewegung angehörig, — vom alten Freidenker und Genossenschaftsagitator George Jacob Holyoake, dem christlichen Sozialisten Stewart Headlam, bis zu Vertretern der äußersten Linken der sozialistischen Bewegung — hatten der Einladung Folge gegeben und blieben bis zum Schluss in ungetrübter Harmonie beisammen. Die beiden Erstgenannten brachten den Toast auf den Ehrengast des Abends aus, den dieser in einer von Zuvorsicht und Knappheit zeugenden und mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede erwiderte.

Außer dem Toast auf Hyndman wurden noch Hochs ausgebracht auf die internationale Solidarität und Fortschrittsbewegung (Ed. Bernstein, Dadebhai Raoji, Tom Mann) und die demokratische Presse (W. W. Thompson, Redakteur von „Reynolds Newspaper“, Herbert Burrows, S. D. N. C. D., Redakteur der „Justice“, W. Hill von der Westminster Gazette) und G. W. Foote vom „Free Thinker“. Den Vortritt führte A. C. Fletcher, der frühere Chefredakteur des „Daily Chronicle“, jetzt Herausgeber der demokratischen Wochenschrift „New Age“. Von anderen Gästen seien erwähnt Rob. Kipling, ehemaliges Mitglied des Generalrats der Internationalen, Felix Moschles von der englischen Friedensgesellschaft, die Norweger Braastad und Thommesen, A. Kautsky, Welfort Cox, J. Macdonald, W. Thorne, Rob. W. Blatchford und das im Einbürgerungsprozess in England sehr verdiente Ehepaar Harrington-Schurck. Der Maler Walter Crane, Sir Charles Dille, der irische Abgeordnete Justin MacCarthy, der Fabrier G. Bernard Shaw, der „Voluntarier“ Hubert Herbert und andere hatten sich unter dem Ausdruck ihrer Sympathie mit dem Zweck der Feier entschuldigen lassen. Nicht unerwähnt mag schließlich bleiben, daß auch Eleanor Marx nur wenige Tage vor ihrem so jäh erfolgten Tode als einer der ersten dem Komitee ihre Absicht gemeldet hatte, an der Feier teilzunehmen. Es ist denn auch ihrer unter allgemeiner Begeisterung tiefer Theilnahme an ihrem Geschick bei passender Gelegenheit gedacht worden.

Todtenliste der Partei. Der bei der Katastrophe auf Jeché „Zollern“ mit uns Leben gekommene Parteigenosse August Scheibler war nicht auf dieser Liste, sondern in dem Schachtel „Dorfried II“ beigesetzt. Er ist, nachdem das Unglück bekannt geworden war, nach Jeché „Zollern“ geeilt, vermutlich um an den Rettungsarbeiten teilzunehmen oder für den Verband als freiwilliger Kontrolleur zu fungieren, oder auch aus beiderlei Ursache. Jedenfalls hat er, sagt unser Dortmund-Bruderorgan, bei einem guten Werke sein Leben verloren. Ehre seinem Andenken!

Soziales.

Ueber die Krankenversicherung der Hausindustriellen in Berlin. wie sie von der Gewerbe-Deputation des Magistrats vorgeschlagen ist, berichtete vor einigen Tagen in einer Sitzung der Häufiger-Kommission der Berliner Damen- und Kinder-Wäntel-Fabrikanten der Vorsitzende, Herr Ferdinand Manheimer. Nach seiner Angabe ist die Krankenversicherung so gedacht, daß eine nach Verhältnis der angezählten Arbeitelöhne zu berechnende Abgabe für die Versicherung entrichtet werden soll. Man dürfe nicht erwarten, daß die Annahme der Versicherung sämtlicher Hausindustriellen dieser Vorschlag, der allein eine gerechte Verteilung ermöglichen, zur Durchführung gelangen werde.

Ueber die Durchführung der Bäckerei-Verordnung sagt der Fabrikinspektor für Rhein- und Oberhessen in seinem Jahresbericht:

Der größte Teil der Gehilfen hat mit Freuden die Verordnung begrüßt, ihre Meister aber klammern sich wenig an dieselbe, darum besteht ein fortwährender Krieg zwischen Meistern und Gehilfen. Auch in diesem Jahre kann wieder behauptet werden, daß die Verordnung wohl durchführbar wäre, wenn die Meister nur ernstlich wollten. Noch immer besteht der geheime Wunsch, daß die Verordnung aufgehoben würde; deshalb giebt es zahlreiche Meister, welche die Bestimmungen noch nicht befolgen. Es kann im allgemeinen gesagt werden: Die Verordnung ist dort durchgeführt, wo der Bäckermeister selbst mitarbeitet, denn auch dieser bedarf nach der Nachtarbeit der Ruhe. Wo dagegen der Bäckermeister nicht mitarbeitet, weil er zu einem gewissen Wohlstand gelangt ist, oder neben seiner Bäckerei noch andere Geschäfte betreibt, findet man die häufigsten Uebertretungen. Die Erklärung hierfür ist die: Wenn die Bäckermeister sagen, daß sie die Arbeit nicht mehr ohne einen weiteren Gehilfen leisten können, so wird ihnen dies einfach abgelehnt. Die Folge davon ist, daß die Arbeitspflicht verlängert werden muß. Kommt jetzt der revidierende Beamte, so heißt es: „Ja, die Gehilfen sind nicht aufgestanden, als ich sie geweckt habe,“ oder: „Die Gehilfen sind gestern zu lange ausgegangen, deshalb bringen sie heute nichts fertig.“

Der Fabrikinspektor schließt mit folgender Beobachtung: Auch von Seiten der Gehilfen wird durchaus nicht immer so gearbeitet, daß die Verordnung immer erfüllbar wäre. Die organisierten Gehilfen haben sich belehrt und leimen die Verordnung. Diese befehlen sich, daß ihre Arbeit in der Arbeitspflicht beendet ist, damit ihnen die gehörige Ruhe gewährt wird.

Auch von dieser Fabrikinspektoren-Ansicht wird Staatssekretär V. Posadowsky nicht abgelenkt. Diefie sie sich doch wie eine reine Satire auf den neuesten sozialpolitischen Kurs, wo die Kartelle und Ringe des kapitalistischen Unternehmertums von der Ministerbank aus mit der Glorie der Bürgergenossenschaft, die selbständigen Arbeiterorganisationen aber als so eine Art Laisterhöhlen geschildert werden, und wo das Unternehmertum nur ein paar Profitbüchlein nötig hat, um an den grünen Tischen hilfe reichsten Mitgefühl zu erlangen, während die Millionen des arbeitenden Volkes selbst auf die Erfüllung ihrer einwandfreiesten Wünsche vergeblich harren müssen, beispielsweise auf Zahlung von Dividenden an die Reichstags-Abgeordneten, auf Beteiligung der Arbeiter an der Gewerbe-Inspektion etc.

Zur Anlage von Dampffesseln. Auf Grund der Ziffer 8 des § 22 der Bekanntmachung des Reichsanwalters vom 5. August 1890 über die Anlage von Dampffesseln hat der preussische Handels-

minister bestimmt, daß bei Kesseln, in denen Dampf aus Wasser durch Einwirkung von Feuer erzeugt wird, an Stelle des 5 Meter hohen und 8 Zentimeter weiten, in den Wasserraum reichenden Standrohres allgemein gestattet wurde, vom Dampfraum ausgehend, nicht abbiegbare Rohre in Heberform aber mit mehreren auf- und absteigenden Schenkeln anzuwenden, deren aufsteigende Kette zusammen bei Wasserfüllung nicht über 5 Meter, bei Quecksilberfüllung nicht über 0,37 Meter Höhe haben dürfen, während für den höchsten Durchmesser runder Rohre eine Scala zugleich nach der wasserberührten Heizfläche festgestellt worden ist. Hat das Standrohr oder ein Teil desselben einen anderen als runden Querschnitt, so ist eine Querschnittsgröße maßgebend, die der Kreisfläche mit dem angegebenen Durchmesser gleichkommt. Durch diese Vorschriften, die auch für Apothekerkessel sinngemäße Anwendung finden, werden alle früheren Erlasse, die sich auf den gleichen Gegenstand beziehen, aufgehoben.

Ueber die Thätigkeit der Schiedsgerichte der Arbeiterversicherung in Preußen veröffentlicht der Handelsminister in der Nummer 121 des „Reichs-Anzeigers“ vom 24. Mai einen Bericht auf die Zeit vom 1. April 1890 bis 31. März 1891. Danach haben die Schiedsgerichte für die gewerbliche Unfallversicherung von 19 974 anhängigen Verurteilungen 16 786 Verurteilungen in 1582 Sitzungen erledigt, die Schiedsgerichte für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung von 15 602 anhängigen Verurteilungen 12 433 in 2171 Sitzungen, die Schiedsgerichte für die auf Grund des § 4 Ziffer 3 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes für leistungsfähig erklärten kommunalverbände etc. von 82 anhängigen Verurteilungen 65 in 44 Sitzungen, die Schiedsgerichte der Unfallversicherung für Reichs- und Staatsbetriebe (ausgeschlossen die Betriebe der Hausverwaltung) von 1296 Verurteilungen 1040 in 211 Sitzungen.

Die Schiedsgerichte der Invalidentät und Altersversicherungsanstalten Preußens, der Pensionskasse für die Arbeiter der preussischen Staatsbahn-Verwaltung zu Berlin, der Norddeutschen Knappschafts-Pensionskasse zu Halle a. S., der Knappschaftsvereins der Saarbrücker und des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum haben insgesamt von 21 178 Verurteilungen 16 906 in 2780 Sitzungen erledigt.

Krankenkassenwesen. Der Kranken- und Begräbniskasse für die in Berliner Gärten- und Brauereigewerbe beschäftigten Personen (E. H.) und der Kranken- und Sterbekasse des Verbandes Berliner Portiers und Berufsgehilfen (E. H.) ist vom Handelsministerium die Genehmigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen.

Die Errichtung eines künftigen Arbeitsnachweises hat der Magistrat Magdeburgs bei den Stadtverordneten beantragt. Die bayerische Stadt Schweinfurt erhält ein Arbeitsamt, dessen Statut in § 9 vorschreibt: „Bei Arbeitseinstellungen und Arbeiteraussperrungen hat die Kommission, sobald sie zu ihrer Kenntnis gelangen, den Beteiligten eine kurz bemessene Frist vorzuschreiben, binnen welcher dieselben das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen haben. Wenn letzteres nicht geschieht oder ein Schiedsspruch nicht zu Stande kommt, so hat die Kommission nach Anhörung von Vertretern der an der Arbeitseinstellung oder Arbeiteraussperrung beteiligten Parteien darüber Beschluß zu fassen, ob das Arbeitsamt für das betheiligte Gewerbe (Geschäft) oder für den betheiligten Geschäftszweig seine Thätigkeit einstellen soll oder nicht. Der Beschluß der Kommission ist öffentlich bekannt zu machen.“

Im Verlaufe des Verbandes der Arbeitsnachweise-Anstalten Wadens sind im Jahre 1897 von 31 016 Unternehmern 43 909 Arbeitskräfte gesucht worden; eingestellt wurden 38 804 Arbeitskräfte. Im Jahre 1898 waren es 26 859 Unternehmer, 36 395 verlangte und 31 109 eingestellte Arbeitskräfte. 807 die weiblichen Dienstboten betraf, so wurden im Jahre 1897 von 12 025 Dienstgebern 13 407 Arbeitskräfte verlangt; die Zahl der eingestellten Arbeitskräfte betrug 9141. Diese Ziffern zeigen, daß die Arbeitsnachweise-Anstalten sich mehr und mehr einleben.

Bei der städtischen Versicherungs-Kasse gegen Arbeitslosigkeit in Köln am Rhein meldeten sich im letzten Verwaltungsjahre 331 Personen gegen 229 im vorhergegangenen Jahre. Abgeschlossen wurden 324 Versicherungen. Von den Versicherten waren 158 gelernte und 168 ungelernete Arbeiter. 236 waren in der Zeit vom 1.—15. Dezbr. bezugsberechtigt. Hierunter arbeiteten sich 151 als arbeitslos; 43 erhielten während der Periode andauernde Beschäftigung, die übrigen 108 wurden an 2048 Tagen beschäftigt und für 2197 Werktage wurden Tagelöhner ausgezahlt und zwar an 90 Verheiratete und 18 Unverheiratete, zusammen 3485 M. Der Vermögensstand der Kasse, die eine private Organisation ist, aber von der Gemeinde subventioniert und beaufsichtigt wird, betrug am 1. April d. J. 109 834 M. Die Zahl der Versicherungsablässe war im letzten Jahre beträchtlich größer als im vorhergegangenen Jahre, dem ersten seit Gründung der Kasse.

Arbeiter-Risiko. Durch Einathmung von Grubengasen bei der Reinigung eines Aborts fand in Warmen ein Arbeiter seinen Tod; ein anderer Arbeiter, sowie der Sohn des Fuhrunternehmers, in dessen Diensten die Arbeiter standen, liegen schwer krank darnieder.

Nach dem Berichte der Papiermacher-Vereinsgesellschaft für Schlesien und Posen ist die Zahl der Unfälle von 270 im Jahre 1896 auf 327 im Jahre 1897 gestiegen. Mangelhaftigkeit und gänzliches Fehlen der Schutzvorrichtungen tragen an den Unfällen die Hauptschuld.

In dem Parquet der österreichischen Staatsbahn-Gesellschaft in Klado in Böhmen wurden durch Explosion 10 Arbeiter verletzt, die im Hofe des dortigen Bahnhofs arbeiteten.

Bei Arbeiten, die im Hofe des dortigen Bahnhofs stattfanden, kamen in Saragoza in Spanien vier Arbeiter durch einen Erdsturz ums Leben.

Soziale Rechtspflege.

Für Heimarbeiter sind zwei Entscheidungen, welche das Gewerbegericht kürzlich gefällt hat, von hervorragender Bedeutung. Unter Vorsitz des Assessors Tschow hatte die Kammer I über eine Klage zu urtheilen, welche ein Schneider gegen die Firma Stier in der Oranienstraße angehängt hatte. Der Kläger fand bei diesem Geschäft in Arbeit und hatte, ohne daß ein beachtenswerther Grund vorlag, plötzlich keine Beschäftigung mehr erhalten. Er klagte auf eine Entschädigung von 48 Marl. Im zweiten Falle handelte es sich ebenfalls um die Klage eines Schneiders gegen den Geschäftsinhaber Stod in der Friedrichstraße. Der Kläger, welcher etwa 14 Tage vor Ostern bei der Firma zu arbeiten angefangen, hatte bis zum feste volle Beschäftigung. Als er am dritten Ostertage ins Geschäft ging, erklärte ihm der Schneider, daß noch nichts erledigt sei, er möge wiedertreten. Nachdem der Heimarbeiter darauf wiederholt ins Geschäft gegangen und immer vertröstet worden war, klagte er auf eine Lohnentschädigung in Höhe von 22 M. 50 Pf.

In beiden Fällen verurtheilte das Gewerbegericht die verklagte Firma zur Zahlung der beanspruchten Entschädigung. Nach der Begründung des Urtheils in der zweiten Sache ging das Gericht davon aus, daß in dem Falle, wo keine Arbeit vorhanden, der Unternehmer die Pflicht habe, den Arbeiter mit klaren Worten von diesem Umstande in Kenntnis zu setzen und ihn zu entlassen. Wenn der Unternehmer den Heimarbeiter vertröste und ihn so verhindere, sich andere Arbeit zu suchen, könne dieser sich auch noch als in Beschäftigung stehend betrachten.

Durch diesen Spruch stellt das Gewerbegericht sich in einen bedeutenswerten Gegensatz zu einem im Jahre 1895 vom Landgericht I

gefallenen Urtheil, in welchem den Heimarbeiter das Recht auf Kündigung abgeprochen wurde. Nachdem das Gewerbegericht sich jahrelang dieser Anschauung unterworfen hat, verhilft es in dem kürzlich gefällten Spruche dem Heimarbeiter wieder zu seinem ihm im § 119 b der Gewerbe-Ordnung gewährleisteten Rechte.

Der Krieg.

Die Verwunderung vieler Blätter, daß vom spanisch-amerikanischen Kriegsschauplatz nicht jeden Tag große Schlachtnachrichten kommen, hat etwas Komisches. Zunächst ist der Kriegsschauplatz so kolossal, daß schon dieser Umstand allein die Fülle und rasche Aufeinanderfolge von Zusammenstößen verbietet. Und hierzu kommt noch der weitere Umstand, daß der eine der beiden kriegführenden Theile mit einer vergleichsweise sehr geringen, der andere mit gar keiner kriegsbereiten Streitmacht in den Krieg eingetreten ist. Der Schlag in den Philippinen erklärt sich daraus, daß die amerikanische Republik dort, infolge des kritischen Standes der Dinge in Ostasien, ein starkes Flottengeschwader konzentriert hatte, ehe an den Krieg mit Spanien gedacht wurde. Die Sensationsnachrichten von amerikanischen Landungsversuchen an der Küste von Kuba sind entweder reine Münchhausenfabriken oder kolossale Uebertreibungen. Um eine der Aufgabe irgend entsprechende Streitmacht in Kuba zu landen, dazu bedarf es einer ganzen Transportflotte. Was bis jetzt geschehen ist, sind Rekognoszierungen, Versuche mit den Insurgenten Fühlung zu gewinnen, ihnen Proviand und Kriegsmaterial zu beschaffen und Redereien ohne jegliche Bedeutung.

Auch heute liegt nichts wesentlich Neues vom Kriegsschauplatz vor.

Obwohl amtliche Nachrichten darüber fehlen, messen doch der Präsident MacKinley und der Staatssekretär Long, besonders aber ersterer, den von den Blättern gebrachten Nachrichten Glauben bei, daß die Flotte Cerveras in Santiago de Cuba blockiert und durch das Geschwader des Admirals Schley beobachtet wird.

Der amerikanische Staatssekretär der Marine erhielt eine amtliche Depesche mit der Meldung, das beschlossene Panzerschiff „Oregon“ sei heute früh in Jupiter Inlet, an der Ostküste von Florida, eingetroffen.

Das „New York Journal“ meldet aus Ach West, dort sei ein Aviso eingelaufen, welcher den Befehl überbrachte, alle Hospitaler sollten sich sofort zur Aufnahme Verwundeter bereit halten. Die Ärzte und Krankenpfleger hätten Befehl erhalten, sich auf ihre Posten zu begeben.

Das für den Kabeldienst ausgerüstete amerikanische Schiff „St. Louis“ hat das englische Kabel zwischen Jamaica und Portorico durchschnitten, aber damit die Verbindungen des Marichal Blanco nicht unterbrochen.

Der deutsche Kreuzer „Geier“ geht auf Requisition des deutschen Konsuls mit 20 bis 25 Deutschen und Schweizern an Bord heute von Havana nach Veracruz ab.

Auf zwei großen Dampfern wurden gestern in San Francisco Truppen nach Manila gelandt.

Der japanische Kreuzer „Mitsushima“ ist aus Manila in Hongkong eingetroffen und berichtet von Unruhen, welche dort ausgebrochen sein sollen. Täglich würden Häuser in Brand gesteckt. Die ausländischen Einwohner siedelten nach Cavite über. Der Kapitän des spanischen Kriegsschiffes „Callao“, welches in den Hafen von Manila in Untermuth des Ausbruchs der Feindseligkeiten eintraf und sich Deway ergab, sei kriegsgerichtlich erschossen worden. Admiral Montojo solle ebenfalls vor Gericht gestellt werden.

Die Nachricht, daß die spanische Regierung eine Reklamation von der englischen Regierung wegen Anhaltung von Truppen in der Umgebung von Gibraltar erhalten habe, wird für unbegründet erklärt.

In Paris Finanzkreisen verlautet, Leon Castillo verhandele hier über eine Anleihe von 250 Millionen, basirt auf das Tabakmonopol.

Aus Washington wird telegraphirt: Verunruhigende Nachrichten, welche von dem Admiral Dewey eingetroffen sein sollen, riefen eine Verdoppelung der Thätigkeit in den Vorbereitungen zur Abwendung von Truppen nach den Philippinen hervor. Man erkennt die Vortheile guter Beziehungen Dewey's zu den Insurgenten, aber es ist keine Reizung vorhanden, Vertrauen in die Unterföhrung der Insurgenten zu setzen nach den entmutigenden Erfahrungen auf Kuba.

Die Times melden in einer am Mittwoch in Hongkong aufgegebenen Depesche, daß in Manila Ruhe herrsche. Die Kommandanten der fremdländischen Kriegsschiffe vor Manila hätten sich hinsichtlich des den Ausländern erforderlichenfalls zu gewährenden Schutzes geeinigt. Aguinaldo sei am 19. d. M. in Cavite gelandet. Da die Aufständischen nicht genügend mit Waffen versehen seien, hätten sie den Angriff auf die Garnison von Manila aufgeschoben.

Das „Evening Telegram“ veröffentlicht eine Depesche seines Korrespondenten in Hongkong, worin die Meldung bestritten wird, daß in Manila eine ernste Krisis herrsche und daß dort Ausbreitungen wegen Hungersnoth zu befürchten seien. Nach zuverlässigen Mittheilungen herrsche in Manila vollkommene Ruhe.

Aus Madrid wird sogar amtlich mitgetheilt, daß in Manila die Mehrzahl der Führer des letzten Aufstandes bei dem Gouverneur General Augustin erschienen und ihm ihre Unterstützung bei der Verteidigung Spaniens anboten. Glauben verdient diese Meldung nicht. Mehr können sich beim besten Willen die Nachrichten von den fernem Philippinen nicht widersprechen. Eine merkwürdige, auch sehr der Bestätigung bedürftige Meldung bringt das „New-Yorker Evening Journal“ aus Manila, danach sei Admiral Dewey von dem dortigen deutschen Konsul bedroht worden, der nach einer Unterredung mit dem spanischen Gouverneur Augustin Mandovorräte von einem deutschen Schiffe zu landen versuchte. Dewey verweigerte die Erlaubnis, worauf der Konsul erklärte, er werde die Landung mit Hilfe zweier deutscher Kreuzer erzwingen. Dewey erwiderte, er werde auf die Kreuzer feuern, wenn sie versuchten, die Drohung des Konsuls zu verwirklichen. Die Mandovorräte seien noch nicht gelandet.

Nach in San Francisco eingetroffenen Meldungen aus Honolulu vom 17. d. M. hat die Regierung von Hawaii die Neutralität noch nicht erklärt; sie will den Vereinigten Staaten freie Einfuhr von Nahrungsmitteln und Kohlen vorrathen sowie freie Hafeneinfahrt gestatten. Man glaubt, diese Haltung werde Amerika zwingen, das Protektorat über die Inseln oder die Annexion derselben zu erklären.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 25. Mai. (W. T. V.) Der Professor für Sanskrit an der hiesigen Universität Hofrath Friedrich Müller ist gestorben.

Wien, 25. Mai. (W. T. V.) Der „Neuen Freien Presse“ zufolge hat der deutsch-böhmische Abgeordnete Rippert sein Landtagsmandat und die damit verbundenen Ehrenämter, insbesondere die Ämter als Stellvertreter des Oberlandmarschalls und Weisiger im Landesauschuss, niedergelegt.

Wons (Belgien), 25. Mai. (W. T. V.) Heute Nachmittag fand in der Kohlengrube Crayet und Piquery eine Explosion (schlagender Wetter) statt, bei welcher, soweit bis jetzt bekannt, über 20 Personen getödtet wurden.

London, 25. Mai. (W. T. V.) Die Leiche Gladstone's wurde heute von Havarden Castle nach der Dorfkirche gebracht. Die Bahre wurde von einigen alten Dienern getragen. Der Trauerzug, welchen die Familienmitglieder und viele Tausende von nah und fern bildeten, bewegte sich durch den Park und berührte noch einmal alle Lieblingsplätze des Verstorbenen. Die Leiche wird heute Abend nach London übergeführt werden.

Peking, 24. Mai. (W. T. V.) Prinz Heinrich von Preußen übergab dem Jungli-Namen den von dem deutschen Kaiser dem Kaiser von China verliehenen Schwarzen Adler-Orden. Heute stattete der Prinz dem Kaiser den Abschiedsbesuch ab.

Für den Wahlfonds

gingen ein: Hoffnung durch Kleinert 10,—, Tapezierwerkstatt Dunsch 3,—, Club „Gemüthlichkeit“ 10,—. Von den Arbeitern der Tischlerei von Rückwardt u. Kiegel, Wienerstr. 50 15,50. Dr. G. 3,—. Von Mitgliedern d. U.-Dr. 5,25. Von den Arbeitern der Firma Duisberg, Köpenickerstraße 6,75. Verbandsmitglieder und organisierte Hilfsarbeiter der Druckerei von Otto Eisner 50,—. Hydro-Sandstein, Stralau 5,00. W. Nordjen, Westend 5,—. M. S. 3,—. E. Sch. 3,—. Adlershof, rote Hochzeit 2,—. Tischlerei Jaroski, Dramienstr. 185 5,05. F. S. 2,—. Rote Hochzeit, Ritzdorf, Selchowerstr. 33 4,—. Von den Arbeitern der Eisengießerei von Georg Grauert in Stralau, 3. Rate 14,25. Summa 147,40. Bereits quittirt 2320,51 M. Gesamtsomme 2467,91 M.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Maurer Berlins und Umgegend! Am Dienstag, den 24. d. M., befindet sich im „Vorwärts“ unter „Gewerkschaftliches“, beiteilt: An die Maurer Berlins und Umgegend, unterschrieben Emil Gröppler, Wilh. Schulz, W. Franzel als Liquidationskommission der zentralen Richtung eine Aufforderung an alle Personen, welche in bezug auf Rechtschickung oder andere Angelegenheiten, welche noch aus der Zeit vor dem 12. Mai d. J. herrühren, sich an E. Gröppler zu wenden haben. Dem gegenüber erklären wir unterzeichnete, daß nach wie vor sich die Kollegen und Unterstützungsberechtigten bei der Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend, Grenadierstraße 33, im hinteren Zimmer zu melden haben, da dort nach wie vor diese Angelegenheiten geregelt werden. Ferner geben wir hiermit bekannt, daß als am 25. Mai die Revision der Abrechnung des Allgemeinen Streiffonds bis 12. Mai vor sich gehen sollte, der Revisor der zentralen Richtung erklärte, daß er auch die Einnahmen nach dem 12. Mai d. J. revidieren wolle, der Revisor unserer Richtung mit diesem nicht einverstanden war, weil die allgemeinen Einnahmen nur bis 12. Mai laufen. Darauf erklärte der Revisor der zentralen Richtung nicht revidieren zu wollen. Wir geben nun bekannt, daß die Revision am 27. d. M., früh 8 Uhr, vorgenommen werden wird. Sollte der Revisor der zentralen Richtung, Adolf Wenzler, zu diesem Zeitpunkt nicht erscheinen, so wird dieselbe mit Einverständnis des Revisors Behrend ohne ihn ausgeführt und die Abrechnung den Kollegen im Druck vorgelegt werden. Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend, H. Meyke, A. Matull, W. Weiersdorf, Georg Behrend, Revisor.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen der Bauhandwerker. In Pirna, Mägeln, Heidenau und Umgegend haben die Maurer die Arbeit eingestellt. Die Ausständigen fordern zehnstündige Arbeitszeit und 40 Pf. Stundenlohn in Pirna, 42 Pf. in Mägeln und Heidenau. Von den Italienern und Böhmen sind viele abgereist.

Der Zimmererausstand in Stuttgart, der die Organisation der Werkmeister hervorgerufen hat und seit ca. 3 Wochen dauert, ist in ein neues Stadium getreten. Eine Zimmererverammlung am Montag hat, veranlaßt durch verschiedene zu Tage getretene Erscheinungen, einstimmig beschlossen, von Dienstag ab den Generalstreik zu erklären, also auch in den Geschäften die Arbeit niederzulegen, welche die Forderungen der Arbeiter bewilligt hätten. Die Zimmerer sind bis auf 70-80 Mann alle auswärts in Arbeit getreten.

Die Gipser Stuttgarts haben jetzt in allen Geschäften ohne Ausstand die 10stündige Arbeitszeit bei gleichem Lohn durchgesetzt.

In München haben bei der Firma Dösch (Ausstellungsbau) 100 Zimmerer die Arbeit eingestellt.

Der Pommerische Seemannsverein hat einen energischen Schritt zur Abstellung der durch die Praktiken der Feuerkasse hervorgerufenen Mißstände gethan, indem er zum 1. Juni in Stettin, Große Oberstr. 14, ein Feuerbureau errichtet und seine Mitglieder, wenigstens die Stettiner, verpflichtet hat, keine Stelle mehr durch Vermittelung eines Feuerbaases anzunehmen. Der Verein, der für die Vermittelung nur Schreib- und Portokosten verrechnet, wendet sich mit der Bitte an die Aeltern und Kapitäne, sich bei Bedarf dieses Feuerbureaus bedienen zu wollen.

Der Streik der Erdmannsdorfer Hüttenarbeiter ist beendet worden, da die Firma eine kleine Erhöhung der Affordlöhne eintreten ließ.

Die Arbeiter der städtischen Betriebe in Mainz sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die im städtischen Gastwerk beschäftigten Feuerarbeiter verlangen die Durchführung der Achtstundentage. Diese Forderung wird mit dem ungemein hohen Prozentsatz der Erfrankungen begründet. Die Arbeitszeit der beim städtischen Reinigungsamt beschäftigten Straßenkehrer soll im Sommer zehn Stunden betragen mit Frühstück, Mittag- und Vesperpausen, im Winter von Tagesanbruch bis Dunkelwerden ohne Frühstück- und Vesperpausen. Außerdem werden Lohn erhöhungen verlangt.

Auf der Grube Gottfried der Erzbergwerke bei Reichelsheim im Odenwald bestand bisher 12stündige Arbeitszeit. Ein Antrag auf Verkürzung auf 8 Stunden wurde abgelehnt. Obwohl nicht organisiert, legten sofort 125 Mann die Arbeit nieder; nur 6 gingen unter dem Schutz von 2 Gendarmen zur Grube. Noch am ersten Tage des Streiks erhielten die Streikenden Einladung, mit den Besitzern zu verhandeln. Es wurde eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt: Schichtdauer von 6 1/2 Uhr morgens bis 4 1/2 Uhr nachmittags; 1/2stündige Frühstück- und 1/2stündige Mittagspause.

Der Streik der Glaser in Peitz hat einen für die Arbeiter günstigen Abschluß gefunden.

Die Drechsler in München haben folgende Forderungen aufgestellt: 9stündige Arbeitszeit, 5 pCt. Lohn erhöhungen im Tagelohn, 10 pCt. in Afford, Garantie des Tagelohnes bei Affordarbeit, 50 pCt. Zuschlag für Ueberstunden (Feiertage) im Tagelohn wie Afford. Tarif für Affordwerkstätten, früherer Arbeitslohn an großen Feiertagen und Aufnahme der getroffenen Vereinbarungen in die Werkstattordnung, endlich noch einen Minimallohn von 18 M. für Arbeiter unter 20 Jahren. Es wurde beschlossen, diese Forderungen den Meistern zu unterbreiten.

Ausland.

Aus Innsbruck lassen sich bürgerliche Blätter dröhnen: „Aus Anlaß des Ausstandes der Bauarbeiter rüden gestern drei Kompanien Infanterie aus, um die Weiterarbeitenden zu schüzen. Es erklärten aber nur wenige Arbeiter, die wieder weggingen. Die Ruhe ist ungestört.“ — Na also! Warum dann diese unnötige Kraftaufwendung, durch die erst Katastrophen herbeigeführt werden können.

Aus Vrest wird berichtet: Infolge des Gesamtausstandes der Metallarbeiter benachrichtigten mehrere Fabrikanten die Marxverwaltung, daß sie die für den Kriegshafen bestellten Arbeiten nicht rechtzeitig liefern könnten.

Der Streik der Bergleute in Süd-Wales dauert fort. Jetzt sind es die Unternehmer, die es ablehnen, in Unterhandlung zu treten, angeblich, weil dem Ausschuh der Arbeiter einige Mitglieder angehören, welche nicht zu den Ausständigen befindlichen Gruppen gehören. Ferner sind sie nicht damit einverstanden, daß eine Anzahl Arbeiterdelegierte sich verpflichtet haben, eine „gleitende Lohnskala“, wie sie bisher bestand, niemals mehr anzunehmen. Die Unternehmer ihrerseits bestehen auf der Verbeibaltung der gleitenden Lohnskala.

Kommunales.

Die städtische Verkehrs-Deputation hat gestern unter Vorsitz des Bürgermeisters Kirchner die Zustimmung zu dem von den Dampfergesellschaften vorgelegten Tarif, welcher eine Erhöhung der Sonntags-Fahrtarife vorsieht, abgelehnt. Im übrigen wurden nur Gegenstände von geringer Bedeutung behandelt. Nach der Sitzung der Deputation fand die Sitzung einer Subkommission statt, welche sich mit dem von den Pferdebahn-Gesellschaften vorgelegten Entwurf eines Pensionsklassen-Statuts beschäftigte.

Die städtische Bau-Deputation hat gestern unter Vorsitz des Stadtraths Voigt eine Plenarsitzung abgehalten, in welcher sie einen vorgelegten Entwurf zur Durchlegung der Vernauerstraße von der Berg- bis Gartenstraße genehmigt und den städtischen Behörden empfohlen hat. Ferner beschloß die Deputation die Aufnahme der Straße 1a und 2b in Abtheilung XIII des Bebauungsplanes zur Auftheilung des am Friedrichshain belegenen Wöhov'schen Terrains. Beide Straßen sollen von 17 Meter auf 19 Meter verbreitert werden. — Die Mühlentstraße, welche an ihrem Ende hinter dem Kummelsburger-Platz nur eine Breite von 17 1/2 Meter hat, soll nach Beschluß der Deputation eine durchgehende Straße von 18,8 Meter erhalten. Bei den städtischen Behörden ist ein Protest gegen die Anlage einer Fußbrücke im Zuge der Straße Siegesmundhof eingegangen; es wurde anlaß der Herstellung einer Jahr- eine Fußgängerbrücke in Anregung gebracht. Die Deputation hat den Protest zurückgewiesen, weil eine Fußbrücke daselbst im öffentlichen Interesse erforderlich sei, zumal wenn das neue Hansviertel ausgebaut sein wird. In diesem Falle würde eine Fußgänger für den dortigen Verkehr nicht ausreichen und die Stadtgemeinde würde alldam genügend sein, auf eigene Kosten eine Fußbrücke zu errichten, während sie jetzt von den Anwohnern des neuen Stadttheils einen Zuschuh von 300 000 M. erhält.

Zur Frage der Bekleidung der Waarenhäuser. Die Stadtverordneten Kreistag und Genossen haben folgenden Antrag in der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht: Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr von neuem über die Einführung einer besonderen Gewerbesteuer in gemischter Deputation zu verhandeln.

Der Ausschuh der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der Magistratsvorlage wegen Festsetzung von Fluchtlinien für die Kofstraße und Neue Kofstraße, hat beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, sich mit dem Magistratsentwurf zur Festsetzung neuer Fluchtlinien für die Kof- und Neue Kofstraße zwischen Gertraudenstraße und der Alten bezw. Neuen Jakobstraße einverstanden zu erklären. Die Straße soll eine Breite von 19 Metern erhalten.

Die städtischen Bureaus und Kassen werden des bevorstehenden Pfingstfestes wegen am nächsten Sonnabend bereits mittags 1 Uhr geschlossen mit Ausnahme des Zentralbureaus, das zur Entgegennahme von wichtigen Sachen bis 4 Uhr nachmittags geöffnet bleibt.

Die städtische Sparkasse, welche regelmäßig an den beiden letzten Tagen des Monats geschlossen bleibt, wird diesmal infolge des Pfingstfestes am nächsten Sonnabend und am nächsten Dienstag geschlossen sein.

Lokales.

Statistisches zur Reichstagswahl. Die Zahl der eingetragenen wahlberechtigten Personen hat sich von 1890-1898 in den einzelnen Wahlkreisen wie folgt geändert:

	1890	1893	1898
1. Wahlkreis:	21 130	20 169	18 785
2. "	72 078	75 847	76 592
3. "	83 938	82 570	76 717
4. "	89 280	93 063	96 573
5. "	31 897	31 244	31 343
6. "	104 460	121 625	141 474

In ganz Berlin: 352 563 374 018 395 484

Zu bemerken ist, daß die Zahlen derjenigen Wähler, welche infolge des Einspruchs gegen die Richtigkeit der Wählerliste nachzutragen sind, in den angegebenen Zahlen noch nicht enthalten sein können. Ferner sind in der Zahl des IV. Wahlkreises - 96 573 - 4085 Wähler nicht enthalten, weil sie 1898 im Kreise Nieder-Barnim zu wählen haben, während sie in der Zahl 93 063 des Jahres 1893 eingeschlossen sind und in Berlin gewählt haben. Ebenso fallen für den I. und II. Wahlkreis 45 Wähler aus, welche diesmal im Wahlkreis Keltow-Weeslow-Stortow wählen. Diese 45 Wähler gehören den Wahlbezirken des Zoologischen Gartens, des Schlosses Bellevue, des sogenannten Försterhauses und des Wärtershauses der Schleuse an. Die Summe der eingetragenen stimmberechtigten Wähler in Berlin betrug mithin gegen 400 000.

Die ausgelegten Listen zur Reichstagswahl sind bis einschließlich Dienstag, den 24. d. M. von 72 064 Personen eingesehen worden, und zwar haben eingesehen am 18. = 2085, am Donnerstag (Himmelfahrtstag) = 11 751, am 20. = 7961, am 21. = 12 578, am 22. (Sonntag) = 17 901, am 23. = 15 345 und am 24.: gleich 13 063 Personen.

Auch ein Beitrag zur Lehrergehaltsfrage. Von einer Lehrerin, welche ihre Kräfte der Stadt als Hospitantin gewidmet hat, wird uns geschrieben: „Endlich will auch unsere Stadtverwaltung in ihr Sadel greifen und in stets bewiesenem Wohlwollen über die leider so hart zur Unzufriedenheit neigende Lehrerschaft einen Goldregen strömen lassen. d. h. die seit 1. April 1897 vorentscheidene Gehaltserhöhung - von der die Lehrerschaft eigentlich Rufen für 15 Monate fordern könnte - auszahlen. Die papiernen Vorböten dieses erschütternden Ereignisses sind in die Amtszimmer der Direktoren und von dort in die Kollegien gelangt. Doch eine große Schaar von Lehrerinnen steht im allgemeinen Rommerausch mit Recht murrend abseits, nämlich alle die in der Stadt als Hospitantinnen dienen; denn sie sind zum Dank dafür jetzt jüngerer Kolleginnen, die flug genug waren, sich ihre Arbeit von vornherein an höheren Löhnterschulen bezahlen zu lassen, im Dienstalter nachgestellt worden. Niemand hat für sie eine Lønze gebrochen, außer dem Stadtverordneten Singer; es ist daher an der Zeit, die Lage jener Damen einmal öffentlich zu beleuchten.“

Begannen zwei Lehrerinnen ihre Thätigkeit mit dem zwanzigsten Jahre, die eine mit einer vierjährigen Anstellung als Hospitantin, die andere eben so lange an einer höheren Mädchenschule, so erreicht letztere das Höchstgehalt seit dem 41. Jahre, erstere erst mit dem 44. Diese Sachlage begründete Herr Bürgermeister Kirchner in der denkwürdigen Sitzung vom 25. November 1897 folgendermaßen: „Wenn die jungen Damen ihr Examen gemacht haben und ein anderes Unterkommen noch nicht finden, dann bitten sie die Schulverwaltung recht dringend, sie als Hospitantinnen zu beschäftigen, damit sie am Unterricht theilnehmen und sich weiter ausbilden können.“ Der Glorioschein von Güte, der hiermit um die Schulverwaltung gewoben wird, ist unecht; denn unter hundert Fällen lag die Sache stedenunehmzig Mal so. Junge Lehrerinnen, die genöthigt waren, danach zu trachten, möglichst schnell eine sichere Lebensstellung zu erringen, liehen sich als Hospitantinnen einstellen, weil ihnen gesagt wurde, daß sie als solche drei bis vier Jahre früher zur definitiven Anstellung gelangen. Deshalb wurden sie Hospitantinnen und lieferten sich dadurch selbst der Willkür eines oft wenig gütigen und einsichtsvollen Vorgesetzten und seines Kollegiums aus, welches das Recht dreitägigen Fehlens weder benutzt und sich flott von der Hospitantin unentgeltlich vertreten läßt. Hat die Hospitantin besonders Glück, so erhält sie von der Behörde ab und zu eine rechtmäßige Vertretung am äußersten

stundenweit entfernten Ende ihres Bezirks; benutzt sie die Pferdebahn dorthin, so ist das ihre Sache, bezahlt erhält sie weder ihre Arbeit noch die entstandenen Kosten. In einem mir persönlich bekannten Fall erreichte das Quantum des in dieser Art unentgeltlich erteilten Unterrichts einer Hospitantin in ein und einem halben Jahre die weite Summe von 370 Stunden. Und vier bis fünf Jahre dauert die Wonne. Erlaubte sich ein Fabrikbesitzer ähnliches, so würde man von „schamloser Ausbeutung“ reden, und mit Recht! Allerdings lagen in beregtem Falle bezahlte Vertretungen mit einer Einnahme von 250 M. dazwischen, macht pro Monat 13,78 M. Wovon leben nun die Hospitantinnen? Von ihrem Vermögen! Und haben sie kein, so machen sie Schulden und hungern. Wobon sollen sie einmal diese schnell wachsenden Schulden bezahlen? Von dem Miesengehalt, das sie bei endlicher fester Anstellung erhalten! Sie können ja Privatstunden geben, löre ich ein gerühmtes Stadtvaterherz rufen. Wann? Von sieben, acht Uhr früh bis vier, fünf Uhr nachmittags muß die Hospitantin zur Verfügung ihres Vorgesetzten stehen, wenn es verlangt. Nichts lassen aber reiche Leute selbst ihre dümmsten Kinder nicht unterrichten! Das Loos einer städtischen Hospitantin steht also unter dem Niveau desjenigen eines stelligenen Kommis oder Arbeiters, die wenigstens über ihre Zeit und Kraft frei verfügen können. Und bei dieser Sachlage wagt Herr Bürgermeister Kirchner öffentlich zu behaupten: „Es wäre für die jungen Damen nicht vortheilhaft, wenn eine Veränderung eintrete!“

Dabei wird von einer Hospitantin eine enorme technische Gewandtheit und eine Unsumme stets bereiten Wissens verlangt! Den gesammten Lehrstoff der Volksschule muß sie beherrschen, da sie ohne eine Möglichkeit zur Vorbereitung jede Lehrkraft in jedem Jahre von der sechsten bis zur ersten Klasse vertreten muß. Und wehe ihr, wenn sie Unfähigkeit verräth! Alle Kinder schlagen naturgemäß gern einmal über die Stränge, und wann wäre die Gelegenheit dazu günstiger, als wenn ihnen „nur die Hospitantin“ gegenüber steht! Welche gründliche psychologische Bildung und Erfahrung und welche Macht der Persönlichkeit dazu gehört, eine zu einem Berliner Madam aufgelegte Klasse von 50 bis 80 Mädchen oder Knaben unter solchen Verhältnissen in Knecht zu zwingen, - davon ahnt man, wie es scheint, in altengländverhällter Bureaukratie nicht. Wer sich als Hospitantin nur einigermassen durchschlägt, sollte wirklich „eine andere Stelle nicht finden“ und nöthig haben, von der städtischen Schulbehörde die Gnade zu erbitteln, sich weiter auszubilden? Das kann in Wahrheit selbst ein Bürgermeister nicht glauben, sobald er sich die Mühe nimmt, die Augen vom grünen Tische einmal aufzuschlagen.

Darum warne ich jede thätige junge Lehrerin, ihre beste Zeit und Kraft als Hospitantin der Stadt Berlin zu vergeuden! Plegmatischen und gering Befähigten dagegen empfehle ich die Laufbahn als außerordentlich dienlich.

Das „Opfer des Streikterrorismus“. Gestern nahmen wir Gelegenheit, den neuesten Schwindel aufzudecken, den die kapitalistischen Blätter sich bei Erörterung des so sehr beliebten Gegenstandes „Streikterrorismus“ geleistet hatten. Heute sind wir in der Lage, noch des näheren darzulegen, daß die Prälude, welche für den Musterarbeiter Heinrich Lau so übel ausgefallen sein soll, mit irgendwelchen Streikfragen oder sonst mit Verursachungsangelegenheiten auch nicht entfernt in Beziehung steht.

Im Auftrage der in der Fabrik von Koppe beschäftigten Arbeiter wird uns nämlich noch berichtet: „Anfangs Januar d. J. war der Arbeiter A. aus unserer Fabrik entlassen worden. Am Sonnabend Abend traf Lau seinen früheren Kollegen mit noch zwei anderen Personen in einer Anstalt in der Mantelstraße wieder; die Begegnung wurde in der üblichen Weise gefeiert. Nach einiger Zeit verließ die Gesellschaft gemeinschaftlich das Lokal, um in ein anderes zu gehen. Am Eingange der neuen Anstalt stand ein Betrunkener; es war der Arbeiter Wilhelm G. aus der Kälberstr. 9. Als Lau über den Betrunkener einige Bemerkungen zum besten gab, erwiderte dieser, daß er dem Lau ein Paar herumziehen wolle, wenn er wieder herauskomme. Lau verließ mit seinen Freunden auf der Stelle das Lokal und versetzte dem G. im Vorbeigehen eine Ohrfeige. Als die Begleiter darauf dem gleichfalls angehefteten Lau zuwanden, daß er jetzt seines Weges gehen solle, markierte er auch einige Schritte mit, kehrte dann aber gleich wieder um. Inzwischen hatte der geohreigte G. sein Messer gezogen und war auf Lau zugegangen. Dieser ließ die Mantelstraße hinauf, G. hinter ihm her. Der Messerheld verletzte zunächst einen ihm begegnenden Straßenpassanten, namens Emil Z. aus der Kaunpstraße, durch einen Messerhieb in den linken Arm. Die Begleiter des Lau stellten hierauf den Inhold, entwandten ihm das Messer, gaben ihm eine fühlbare Pektion und überlieferten ihn dann der Polizei. Von Lau war nichts mehr zu sehen und zu hören.“

Nach dieser Mitteilung erscheint die Frivolität gewisser kapitalistischer Blätter noch um vieles verwerflicher, als gestern angenommen war.

Verlorne Liebeshüte. Gestern sind hier zwei hervorragende kirchliche Versammlungen abgehalten worden. Im königlichen Schlosse war der hauptsächlich durch den Bau der Kirche mit der weg-geweihten Kameels-Jahreschrift bekant geordnete Evangelisch-kirchliche Hilfsverein versammelt. Den Jahresbericht des Vereins erstattete der Präsident des Reichs-Versicherungsamtes, Herr Gabel, der durch die auffällige Art, wie er sich verhalten fand, die Fabrikate des gewerbmäßigen Sozialistenverleumders Pastor Hülle zu empfehlen, im verflohenen Herbst recht merkwürdig bekant geworden ist. Der Bericht-erstatte that sich auf die diesen tagenden Kirchen, die in den letzten Jahren mit und ohne Sabbatshändlung entstanden sind, sehr viel zu gute. Ein anderes Mitglied des Vereins, der Landtags-Abgeordnete Freiherr v. Plettenburg-Mehrhm, gab, nach einer Mittheilung, die wir im großen Schleißein verzeichnet finden, seinem Aeger über das „verlorenste Birken“ der Sozialdemokratie Ausdruck, dem nicht genug entgegengearbeitet werden könne.

Den Erfolg des Kirchenbaues finden wir in einem gleichfalls von der „Post“ gebroachten Bericht über eine andere Versammlung angedeutet, die unter dem Namen Kreisynode Berlin II tagte. Dort heißt es u. a.: „Aus der Friedens-Gemeinde wurde gemeldet, daß die Zahl der ungeirauten Paare eine überaus große sei; der Gemeindevorstand schätzte, daß sechzig Prozent aller Verheiratheten nicht kirchlich getraut sind. Ebenso wurde beklagt, daß die eben Konfirmirten sich kaum noch an kirchlichen Leben theilnahmen.“

Die Frage, inwieweit die Kirche an diesem Mißerfolg theilhaftig ist, wurde, wenn wir nicht irren, in einer vom Superintendenten Schönberner gehaltenen Rede gestreift. Etwas dunkel sprach der Herr z. B. von Mißständen im Konfirmationsunterricht: „Was die Mißstände im Konfirmationswesen betreffe, so habe er es für seine Pflicht gehalten, die Schäden derselben zu berühren; wenn er sich ausgesprochen haben würde, um den Konfirmationsunterricht der Geistlichen zu revidieren, so würde er wohl noch auf ganz andere Dinge gestoßen sein. (Weiß und Unruhe.) Er bitte, ihn nicht zu reizen, in dieser Beziehung noch deutlicher zu sprechen.“

Und die kirchliche Liebe und Gerechtigkeit, die doch namentlich bei den Geistlichen in hervorragendem Maße zu finden sein sollte, erhält ihre Illustration durch die nachstehende, gleich auf das mitgetheilte Bitat folgende Redeflelle: „Im übrigen bitte er, in der Debatte den parlamentarischen Ton und Anstand zu wahren; er werde es nicht dulden, daß die Synode zum Kampflage von Geizlichkeiten gemacht werde.“

Wo das am grünen Holze vorkommt, braucht man sich nicht lange darüber zu wundern, daß es mit dem „lauteren Christenthum“ trotz aller Kirchenbauten herzlich schlecht steht und daß die Bevölkerung ungeschickter der „theatralischen Lichtfeste“, die nach pastoraler Befundung von frommer Seite in Szene gesetzt werden,

sich immer mehr vom kirchlichen Leben abwendet. Was soll auch eine Messe, die sich um die sozialen Leiden des Volkes nicht ernsthafter kümmert als die evangelische?

Ueber die einzuführende, von der Gewerbe-Deputation des Magistrats vorgeschlagene Krankenversicherung der Hausindustriellen in Berlin berichtete dieser Tage in einer Sitzung der XV. Kommission der Berliner Damen- und Kinder-Mantelfabrikanten der Vorsitzende, Herr Ferdinand Manheimer. Man erfährt, daß die Krankenversicherung der Hausindustriellen in der Weise gedacht ist, daß eine nach den ausgezahlten Arbeitslöhnen proportional zu berechnende Abgabe für die Krankenversicherung zu entrichten sei. — In derselben Sitzung wurde berichtet, daß nach Feststellung der Postverwaltung trotz aller Aufforderungen die Geschäfte sich immer noch nicht daran gewöhnen können, die Postpakete früher als kurz vor Schalter-Schluß aufzugeben. Wenn hierin keine Aenderung eintritt, so wird der auf 6 Uhr Nachmittag angeordnete Schluß der Paketannahme nicht mehr zu verhindern sein.

Die Parteigenossen der Schönhäuser Vorstadt werden auf das am zweiten Pfingstfeiertage stattfindende Frühkonzert hingewiesen, welches, von Parteigenossen vom Festen des Bahnhofs arrangiert, im Jägerhause, Schönhäuser Allee 103, abgehalten wird. Das Konzert beginnt morgens 5 Uhr. Das mäßige Eintrittsgeld (20 Pf.) und der gute Zweck lassen erwarten, daß das Vergnügen von den Parteigenossen und Genosseninnen zahlreich besucht wird.

Vom Kaiser Wilhelm II. Das „Berl. Tagebl.“ berichtet: Auf Befehl des Kaisers findet anlässlich des Jubiläums der Berliner Schützenmannschaft am 13. Juni ein großer feierlicher Gottesdienst auf dem Schloßhofe statt, mit dessen Abhaltung der Garnison-Farmer Goens beauftragt ist. Der Kaiser wird mit der königlichen Familie dem Gottesdienst beiwohnen und mehrere Auszeichnungen verleihen.

Herr Landauer schickt uns auf die Erklärung der Berliner Vertrauensleute eine Erwiderung, in der er betont, daß die von ihm erwählte Jurisprudenz nicht von ihm ausging, sondern aus einem kleinen Provinzialstädtchen an ihn gelangte. — Wir können diese Mitteilung nur bestätigen, da uns der Vertrauensmann einer kleinen Stadt in der Provinz Sachsen berichtet, daß er den von Landauer erwählten Brief geschrieben habe. Der Schreiber des Briefes ist nicht wenig erstaunt über die Wirkung, die der Brief bei Herrn Landauer erzeugte. Der Briefschreiber hat über die anarchistische Bewegung eine sehr naive Auffassung bekommen, aber es gehörte ein Konfusionsrath wie Landauer dazu, um der Sache eine größere Bedeutung beizumessen.

Das Polizeipräsidium theilt mit: Durch Untersuchungen an kaiserlichen Gesundheitsämtern ist festgestellt worden, daß das in Berlin zu wirtschaftlichen Zwecken in den Handel kommende Eis selbst bei gutem Aussehen, in ihrer Entwicklungsfähigkeit nicht veränderte, gesundheitsgefährliche Keimeformen enthalten hat. Es ist dadurch wahrscheinlich geworden, daß die häufiger beobachteten Krankheiten nach dem Genuß von Getränken, welche durch Hineinwerfen von Eisstückchen gekühlt wurden, weniger durch die Kälte der Getränke, als durch die im Eis vorhandenen Krankheitserreger verursacht worden sind. Derselben Nachtheil können durch feste Nahrungsmittel, z. B. Butter, welche durch Liegen auf solchem Eis gekühlt wurden, entstehen. Vor dem Genuß von Getränken und anderen Nahrungsmitteln, welche in der vorerwähnten Weise mit Eis gekühlt sind und infolge dessen gesundheitsgefährlich sein können, wird deshalb hiermit gewarnt.

Der erste elektrische Omnibus der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft hat gestern Morgen seine Probefahrt gemacht. Der in den eigenen Werkstätten der Gesellschaft erbaute, mit Glimmerlampen illuminierte Omnibus fuhr vom Depot in der Frobenstraße nach Bahnhof Halensee ohne jeden Zwischenhalt in kürzester Zeit hin und zurück. Die Probefahrt ist nach übereinstimmendem Urtheil aller Sachverständigen, die daran theilnahmen, zur vollsten Zufriedenheit ausgefallen.

Ein neues Waarenhaus. Der Bau eines neuen, riesigen Kaufhauses in der Leipzigerstraße ist nunmehr beschlossene Sache. Western Nachmittag sind, wie der „Confectionair“ meldet, im Bureau des Herrn Rechtsanwalts Dzialosynski die letzten Verträge unterzeichnet worden, denen zufolge die Häuser Leipzigerstraße 46, 47, 48 (Königsbau) sowie die damit in Verbindung stehenden Häuser Straußenstraße 46, 47, 48, 49 in den Besitz des Herrn Oscar Tieg, in Firma Hermann Tieg, übergegangen sind. Der Erwerbpreis dieser Gebäude stellt sich auf rund 1/2 Millionen Mark, für einen Gebäudekomplex von 2 Morgen Land in der vorerwähnten Gegend der Stadt ein ziemlich billiger Preis. — Mit dem Abbruch wird im April nächsten Jahres begonnen werden, die Eröffnung des neuen Kaufhauses soll im Laufe des Jahres 1900 stattfinden. Für den Neubau, der als Monumentalbau geplant wird und zu dessen Ausführung ein Wettbewerb unter den ersten Architekten Deutschlands ausgeschrieben werden soll, sind ca. 3 Millionen Mark vorgesehen.

Der geisteschwache Schuhmacher Karl Pohl aus der Lange-straße 22 ist mit einem sechsjährigen Knaben in Köpenick aufgegriffen worden. Den Knaben hatte Pohl seiner Mutter, einer Willensbeugerin in Ostend, entführt.

Selbstmordversuch. Gestern Mittag wurde von Kindern auf dem 89. Polizeirevier gemeldet, daß in der zwei Treppen hoch gelegenen Wohnung des Bahnarbeiters K. in der Wolgaststraße Feuer ausgebrochen sei. Die Feuerwehr wurde sofort benachrichtigt, und ein Schuttmann erbrach die Thür der Wohnung. Hier fand er in der vollständig mit Rauch gefüllten Küche die Ehefrau K. leblos auf dem Fußboden liegend. Auf den Knien zum Fenster kriechend, verschaffte er zuerst dem dicken Rauch Abzug und stellte dann gemeinsam mit den Samaritern der Feuerwehr erfolgreiche Wiederbelebungsversuche an. Die Frau hat infolge ehelicher Zwistigkeiten sich durch Kohlendunst zu tödten versucht. Ein Brandschaden ist nicht entstanden.

Das Gerücht von einem Morde war gestern im Süden der Stadt verbreitet. Es erregte umföhrer Aufsehen, als der Tabor wieder jener Theil der Hasenhalde sein sollte, in dem jüngst die Luise Günther ermordet wurde. Was zu dem Gerüchte Veranlassung gab, ist folgendes: Die 8. Kompanie des Franz-Regiments übte gestern Morgen in der Hasenhalde und Schwärzke zwischen der Siebold- und Kirchhoffstraße aus. Hierbei fand sie die Leiche eines Mannes in einem Graben. Verschiedene Anzeichen schienen auf einen Mord hinzudeuten. Der Hauptmann der Kompanie theilte den Fund einem Schuttmann mit, und dieser meldete ihm dem 47. Revier weiter. In der Annahme, daß es sich um einen Mord handle, traf die Polizei umfassende Vorkehrungen. Der Mann lag mit einem Stich in den Bauch und geöffneten Pulsadern auf dem Rücken im Graben. Bei der Leiche fand man ein minderwertiges Taschenmesser, eine Schnapsflasche, Kautabak und 2 R. Die Kriminalpolizei ließ die Leiche durch zwei Aerzte untersuchen, und diese gewannen die Ueberzeugung, daß nicht ein Mord, sondern ein Selbstmord vorliegt. An der rechten Hand war die Pulsader durch den Schnitt mit der unsicheren Hand nicht recht getroffen. Der Mann ist etwa 50 bis 52 Jahre alt. Er hat volles krauses, graues Haar, einen ergaunten Schmutzbar. Der Selbstmörder soll in der Solmsstraße öfter gesehen worden sein.

Selbstmorde. Vergiftet hat sich der Drogist und Lackfabrikant Rudolf Regier aus der Köpenickerstraße. — Ihr lieben Berliner! Ein Unglücklicher bittet um eine Ruhestätte auf Eurem Friedhofe. Ein Scheusal, eine verkommenste Schlange, hat zwei Männer unglücklich gemacht. Ich habe der bösen Menschheit zu viel Vertrauen geschenkt, daher meine unheilbare Krankheit und mein unglückliches Ende. Der Himmel wird Euch segnen. Bitte die 31 R. zur Dedung der Kosten zu verwenden, Ihr findet sie in meinem Portemonnaie.“ So schrieb ein Lebensmüder, bevor er sich in der Nacht zu gestern in der Friedensallee im Thiergarten erschoss. Ein Schuttmann hörte den Schuß fallen und brachte den Mann, der sich eine Kugel in die rechte Schläfe gelagert hatte, in ein Krankenhaus. Gleich nach der Einlieferung gab der Schwerverwundete seinen Geist auf.

Herr Siegmund Lautenburg hat, wie die Blätter zu berichten wissen, das Residenz-Theater wieder übernommen.

Der ehemalige Mitbesitzer des Goethe-Theaters, Kunstmaler H. B. Dvorak ist wegen Betragens und Betrugschwindelbeleidigen, die er verübt haben soll, gestern verhaftet worden.

Urania. „Von Rattenbain zur Jungfrau“, das mit so großem Beifall aufgenommene Ausstattungsspiel der Urania, wird heute zum 50. Male aufgeführt.

Am Pfingst-Sonnabend, 28. Mai, früh 8 Uhr 15 Min. von Berlin, Göttinger Bahnhof, wird ein Sonderzug nach dem Hiesengebirge abgefahren, welcher um 2 Uhr 43 Min. nachmittags in Hirschberg eintrifft und schließlich nach Schmiedeberg erhält. Auch die Hiesengebirgsbahn wird von ihrer Anfangsstation Jülicherthal—Erdmannsdorf (Strecke Hirschberg—Schmiedeberg) an diesen Zug die Verbindung bis Krümmel an der Spitze der Schneeflecke herstellen und ihren sonstigen Zugverkehr während der Pfingstfeiertage dort vermehren, daß die Reisenden aller anlangenden und abgehenden Züge in Jülicherthal-Erdmannsdorf bequemem Anschluß finden werden.

Theater. Das Hala-Ensemble bringt am heutigen Donnerstag im Central-Theater den Schwank „Kneipphären“, und wiederholt diese Vorstellung am Freitag. — Im Schiller-Theater beginnt heute der Vorverkauf für die am Pfingstsonntag zum ersten Male an einem Tage stattfindende Aufführung der Wallenstein-Trilogie, nachmittags „Wallenstein's Lager“ und „Die Piccolomini“, abends „Wallenstein's Tod“ an der Tages-tafel des Theaters. Die bei Entnahme der Billets für nachmittags und abends eintretende Ermäßigung ist an den Verkaufsstellen erhältlich. — Das Odeon-Karl-Weiß-Theater bleibt am Freitag und Sonnabend wegen der hiesigen Schwerezeiten zu dem Ausstattungsspiel „Auf Sumatra“ geschlossen. — Pfingst-Sonnabend, den 28. Mai, wird das Garten-Theater der Reichshallen (am Völkchenspiel) neu eröffnet.

Feuerbericht. Mittwoch Mittag war Reichendergerstr. 83 durch übergeköchtes Fett ein Küchenbrand entstanden, der große Ausdehnung nicht erlangte. Nachmittags 1/2 Uhr wurde die Wehr nach Schweinländerstr. 52 gerufen. Hier hatte in einem Drogenkeller ein Posten Lack Feuer gefangen, das glücklicherweise im Entstehen gedämpft werden konnte. Der verursachte Schaden ist nicht unbedeutend.

Aus den Nachbarorten.

Mariendorf und Umgegend. Die Parteigenossen werden auf die am Sonntag stattfindende Flugblattverbreitung aufmerksam gemacht. Treffpunkt morgens 5 Uhr bei Ebel in Mariendorf. Am Sonnabend gelangt in Tempelhof ein Flugblatt zur Verbreitung. Zusammenkunft abends 6 Uhr bei Kable, Berlinerstr. 41. Zahlreiche Vertheiligung erbittet. Der Vertrauensmann.

Die Parteigenossen von Brix unternehmen am ersten Pfingsttage eine Agitationstour. Zahlreiche Vertheiligung ist Ehrensache. Eine Besprechung und Zusammenkunft findet am Freitag Abend 8 1/2 Uhr bei Dorn, Bürgerstr. 4, statt.

In Steglitz findet heute bei Tiele, Albrechtstr. 125, eine Volksversammlung statt, in der Genosse Robert Schmidt-Berlin über die Frage: „Vertreten die bürgerlichen Parteien die bestgehörende Klasse?“ sprechen wird. In dieser Versammlung ist der Referent, Lieutenant und Chefredakteur der „Steglitzer Zeitung“, Herr Witten, sowie gleichfalls der verantwortliche Redakteur genannten Blattes eingeladen.

Etwa 20 000 Feuerwehrlente sollen sich zu dem am 9. Juli in Charlottenburg stattfindenden Feuerwehrtage aus allen Ländern der Welt angemeldet haben. Die Zusammenkunft ist mit einer im Sportpark am Charlottenburger Bahnhofe stattfindenden Ausstellung von Löschapparaten u. verbunden.

Aus der Kaserne. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: Ueber den Selbstmord eines Soldaten der Potsdamer Garnison ist uns nachträglich von sicherer Seite folgende Mittheilung zugegangen: Ein Grenadier der fünften Kompanie des ersten Garde-Regiments zu Fuß hat sich Anfang dieses Monats auf dem Garnisonsschießplatz im Potsdamer Forst mit seinem Dienstgewehr erschossen. Seinem in Spandau lebenden Bruder schrieb er am Abend vorher, daß er sich das Leben nehme, weil er es bei seinem Unteroffizier resp. Korporalschaftsführer nicht mehr aushalten könne. Als der Bruder nach Potsdam kam, war die unselbige That leider bereits geschehen. Es ist dies, wie von unserem Gewährsmann hinzugefügt wird, der fünfte Selbstmord, der sich in der Potsdamer Garnison ereignet hat. Der dortige Garnisonsparrer Kehler hielt bei dem am Sonntag, den 8. Mai, im „Langen Stall“ abgehaltenen Feldgottesdienste (die Garnisonkirche wird renovirt und umgebaut) eine diesbezügliche Ansprache an die versammelten Truppen, welche mit den Worten begann: „Kameraden, wir sind jetzt unter uns!“ und welche in einer außerordentlich scharfen Denkschrift der genannten Vorkommnisse gipfelte.“

Jungen gesucht. Am 20. Februar 1898 bin ich in Niederschöne-weide von einem Gendarm geführt und sodann wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu Gefängnißstrafe verurtheilt worden. Ich bitte die Herren, welche mich damals veranlaßten, ruhig dem Gendarm zu folgen, weil ich nichts gethan hätte, mir ihre Adressen gütigst umgehend mitzutheilen, damit ich in die Lage komme, sie in der Berufungsinstantz als Zeugen vorzuschlagen zu können. V. Hollweg, p. Adr.: H. Schuppe, Luisenstr. 60.

Auch ein militärisches Jdyl. In der „Volks-Zeitung“ wird berichtet: Eine unangenehme Geschichte ist beim 3. brandenburgischen Trainbataillon in Spandau vorgekommen. Ein Einjährig-Freiwilliger dieser Truppe, der aus Berlin stammt, hatte Urlaub erhalten, war aber nicht wieder zum Bataillon zurückgekehrt. Er wurde aber bald darauf ergriffen und wegen Urlaubsüberschreitung streng bestraft. Seinem Vater theilte er dann mit, aus welchem Grunde er sich geschweigt hatte, zu seinem Truppendeile zurückzukehren; er sagte, er habe mit seinem Vortel die an ihn herangetretenen Ausgaben, namentlich für Geschenke an Kavancirte, nicht mehr bestreiten können. Er machte auch eine Anzahl Unteroffiziere und Wachtmeister namhaft, die Geschenke angenommen, und Einjährige, die solche gegeben hatten. Der Vater erstattete hiervon Anzeige beim Kommando, und es sind darauf über 30 Kavancirte und Einjährige mit Arreststrafen von 3 bis 7 Tagen belegt worden.

Gerichts-Zeitung.

Der Jöskant. Die Beleidigungssklage, welche der Redakteur H. G. Erdmannsdorffer gegen den Pfarrer a. D. Jöskant angehängt hat, gelangte gestern vor der 148. Abteilung des Schöffengerichts unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsraths Haack zur Verhandlung. Am 14. Februar dieses Jahres fand im „Artushof“ eine Versammlung der deutsch-sozialen Reformpartei statt, in welcher der Abg. Liebermann v. Sonnenberg und Pfarrer Jöskant über die Schädlichkeit der Waarenhäuser sprachen wollten. Auch der Kläger, welcher früher der genannten Partei angehört hat, war zu der Versammlung erschienen und erbat sich nach den Ausführungen des Pfarrers Jöskant das Wort. Der Kläger wurde wiederholt vom Vorsitzenden, Weinbändler Schmitz, ermahnt, zur Sache zu sprechen und es wurde ihm schließlich das Wort entzogen, bevor er mit seinen Ausführungen zu Ende war. Pfarrer Jöskant nahm dann Bezug auf die Ausführungen des Vorredners, er soll ihn als einen „eingebildeten jungen Mann“ bezeichnet haben und als in der Versammlung Aufse laut wurden, daß der Kläger aus dem Saale entfernt werden möge, soll der Beklagte geäußert haben „man möge ihn nur drin lassen, mit dem „freien Paxon“ sei leicht fertig zu werden. Wegen dieser beleidigenden Ausdrücke hatte Erdmannsdorffer den Klageweg beschritten. Der Beklagte, der vom persönlichen Erscheinen entbunden war, hatte durch seinen Vertreter, den Rechtsanwältin Gröning, die Wiederklage erhoben. Es wurde behauptet, daß der Kläger dem Beklagten vorgeworfen habe, es sei eine Dreistigkeit sondergleichen, wenn Pfarrer Jöskant über die Bestrebungen der Sozialdemokratie spreche, ohne ihr Programm zu kennen. Der Kläger gab zu, eine Bemerkung in diesem Sinne gemacht zu haben, bestritt aber, daß er von einer Dreistigkeit sondergleichen“ gesprochen habe. Ferner soll der Kläger der

tobenden Versammlung zugerufen haben: „Das ist so recht Ihre erbärmliche, niederrichtige, antisemitische Kampfesweise, den Gegner einfach niederzuknüppeln!“ Der Beklagte will durch diese Aeußerung dazu bewogen worden sein, von einem „freien Paxon“ zu sprechen. Die beiden vernommenen Zeugen hatten mir gehört, daß der Kläger gesagt hätte: „Diese Kampfesweise ist so recht kennzeichnend für Ihre Partei.“ Der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Gelsmar, plädierte für Befreiung des Beklagten und Abweisung der Wiederklage, während der gegnerische Anwalt einen Ausgleich der gegenseitigen Beleidigungen, eventuell aber eine Vertagung für geboten erachtete.

Der Gerichtshof verurtheilte den Beklagten Pfarrer Jöskant zu einer Geldstrafe von 25 R. und wies ihn mit der Wiederklage ab, da in der beanstandeten Bemerkung des Klägers eine Beleidigung nicht zu finden sei. Dem Kläger wurde die Befugniß zugesprochen, das Urtheil einmal im „Berl. Tagebl.“ auf Kosten des Beklagten zu veröffentlichen.

Durch erhebelte Beziehungen zu hochstehenden Personen hat der Schriftsteller Emil Müller-Lindenberg zwei Verurtheilungen erduldet, welche ihn gestern vor die dritte Strafkammer des Landgerichts I führten. Der Angeklagte hat vor Jahren von dem Herzog von Oestrich Unterhaltungen erhalten, weil er damals mit der Abfassung eines patriotischen Werks beschäftigt war. Er hat dies zu Schwindelzwecken benutzt, welche ihm Gefängnißstrafen von anderthalb Jahren und neun Monaten eingetragen haben. Mehrfach lagen die jetzt zur Anklage stehenden Fälle. Der Angeklagte, der mit Rath zu kämpfen hatte, hatte seinen Wirk dadurch zum Creditgeben bewogen, daß er ihm vorpiegelte, er habe demnach vom Herzog von Oestrich eine größere Summe zu erwarren. Nach längerer Zeit erhielt der Wirk denn auch eine Postkarte aus dem Hotel Bristol des Inhalts, er möge sich nach einigen Tagen zu einer bestimmten Zeit dort melden, um sein Guthaben an den Schriftsteller Müller-Lindenberg in Empfang zu nehmen. Der Wirk war mit dem Vorhaben des Angeklagten, daß der letztere selbst das Geld holen wolle, einverstanden. Der Angeklagte kam aber mit dem Bescheide zurück, daß das Eintreffen seines hohen Gönners durch Krankheit verzögert worden sei. Er zeigte auch eine Depesche vor, die dies bestätigen sollte. Sowohl die Postkarte als die Depesche hatte der Angeklagte selbst gefälscht. Sein Vermögen ist um 180 R. geschädigt worden. Durch ähnliche Vorpiegelungen hatte der Angeklagte einen Kammerdiener bewogen, ihm nach und nach 106 R. zu leihen.

Staatsanwalt Kanow beantragte gegen den Angeklagten zwei Jahre Gefängniß und drei Jahre Ehrverlust, der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr sechs Monate Gefängniß und zweijährigen Ehrverlust. Die patriotische Literatur scheint ihre geistigen Urheber nicht zum besten zu nähren.

Ein Lehrer hat einen Schüler zu Tode gemißhandelt. Unter dieser Spitzmarke erschien in der „Deutschen Warte“ am 8. Nov. v. J. ein Artikel, der sich mit der Schülermißhandlung in Schönberg beschäftigte. Es wurde mitgetheilt, daß der Lehrer Richard den Schüler Fischer in so arger Weise geprügelt habe, daß derselbe eine Bauchfellentzündung davongetragen habe, die bald den Tod herbeiführte. Diese libertärebene Mißhandlung sei erfolgt, weil der Anabe eine Rechenaufgabe nicht schnell genug lösen können. An diese Mitteilung waren Bemerkungen geknüpft, welche die Schönberger Lehrerschaft veranlaßten, gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Warte“, Max Schumann, Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen. Es handelte sich um die Verhandlung vor der achten Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektor Weimann jun. Die beanstandeten Bemerkungen gipfelten darin, daß die Schönberger Lehrerschaft eine wahre Sucht zum Feigen zu haben scheine und mit einer Art Bollaust von ihrem Mithingerecht Gebrauch mache. Der Staatsanwalt wies in seinem Plaidoyer darauf hin, daß es beleidigend für die Schönberger Lehrerschaft sei, wenn ein einzelner Fall zu verallgemeinert werde, wie es im vorliegenden Falle geschehen sei. Er beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 100 R.

Der Gerichtshof hielt die Angabe des Angeklagten, daß er den Artikel beanstandet haben würde, wenn derselbe ihm vor der Veröffentlichung zu Gesicht gekommen wäre, für glaubwürdig und erkannte deshalb nur auf eine Geldstrafe von 30 R.

Steuerfrei sind auch einer in diesen Tagen vom Oberverwaltungsgericht getroffenen Entscheidung zufolge Frände, welche auf Frachtüberwerken zur Verwendung der Güter mitgeführt werden.

Aus Straßburg. Der „Berl. Tagebl.“ berichtet: Die Strafkammer verurtheilte heute den Architekt Landwehr und den Arbeiter Jaggi zu 8 bzw. 6 Monaten Gefängniß. Derselben waren angeklagt, den bei dem Hauseinsturz am 8. März erfolgten Tod von 8 Arbeitern verschuldet zu haben.

Wahlversammlungen.

Die Genossen des zweiten Wahlkreises hielten am Dienstag eine gut besuchte Versammlung in Martens's Saal ab. Der Herr Reichstags-Abgeordneter Richard Fischer, beleuchtete die Haltung der gegnerischen Parteien zu den wichtigsten Geschehnissen der letzten Reichstagsversammlung, und hob insbesondere die Verantwortlichkeit der Reichstagsmitglieder für die sozialen Aufgaben der Gegenwart hervor. Den Parteigenossen gab der Redner zu bedenken, daß sie aus dem Umfände, daß unsere Gegner keine lebhaftige Agitation treiben, nicht schlüssen dürfen, dieselben würden uns ohne weiteres das Feld räumen. Die Gegner bedürfen der Agitation weniger als wir, denn sie stützen sich auf ihre soziale Position, ihre gesellschaftlichen Verbindungen und das wohlwollende Entgegenkommen der Behörden. Deshalb dürften unsere Genossen nicht verärgern, unter den Leiden noch so zahlreichen indifferenten Arbeitern zu agitieren, damit unser Sieg ein glänzender werde. Mit lebhaftem Beifall nahm die Versammlung die Ausführungen des Vortragenden entgegen. Außer einigen Parteigenossen nahm in der Diskussion auch ein Antisemit das Wort, der unter anderem die so oft wiederlegte Behauptung aufstufte, die Sozialdemokraten hätten gegen das Bürgerrecht gestimmt. Des weitern bekundete der Redner seine Unwissenheit, indem er unsern Genossen klar zu den Juden rechnete, von denen sich die deutschen Arbeiter befreien müßten. Das Auftreten des Antisemiten, der auch seine Arbeiterfreundlichkeit betonte, veranlaßte den Genossen Fischer, das arbeiter- und volksfeindliche Verhalten der Antisemiten im Reichstags zu kennzeichnen und die weiteren Auslassungen des Redners treffend abzufertigen.

Die Volksversammlung für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis, die am Dienstag in der Berliner Ressource tagte, wurde, nachdem der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war, politisch abgeipert. Mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten die Versammelten den interessanten Ausführungen des Referenten. Genossen W. H. Liebknecht, der über die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien sprach und zum Schluß einen Appell an die Versammelten richtete, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß unser Kandidat für den 3. Wahlkreis, Genosse W. Heine, am 10. Juni als Sieger aus der Wahl hervorgeht. Von einer Diskussion über den mit förmlichem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde, da sich Gegner nicht zum Worte meldeten, Abstand genommen. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie und den Genossen Liebknecht erfolgte der Schluß der impositanten Versammlung.

Der vierte Wahlkreis (Süd-Ost) kam am Dienstag in der „Urania“ (Brangelstraße) eine mäßig besuchte Wählerversammlung ab. Genosse Robert Schmidt, welcher über das Thema „Der schließt die Rechte des Volkes?“ referierte, konnte sich im Eingang seines Vortrages nicht enthalten, auf den dürftigen Besuch der Versammlung hinzuweisen und die im vierten Wahlkreis eingetretene Laune der Genossen einer tadelnden Kritik zu unterziehen. Man sollte sich ja nicht in Siegesgewißheit einlassen; anlässlich der Stadt-

verordnetenwahlen sei gerade in diesem Wahlkreis durch die Käuflichkeit der Genossen ein Mandat verloren gegangen. Im übrigen möchte er die etwa anwesenden gewerkschaftlichen Vertrauensmänner doch auffordern, für die nächsten Wochen dahin zu wirken, daß seine gewerkschaftlichen Versammlungen während des Wahlkampfes mehr abgehalten werden. Dann ging Redner zu seinem eigentlichen Thema über, in welchem er nachwies, wie die bestehenden Klassen sich bestrebt gewesen seien, dem Volke jedes kleinste Recht zu entreißen, so daß gerade im Laufe der letzten Jahre die Rechtsausübung himmelhoch von dem Rechtsbewußtsein des Volkes entfernt habe. Dieses Rechtsbewußtsein des Volkes in allen seinen bedrohten Zweigen des Vereins-, Versammlungs-, Koalitions- und allgemeinen Wahlrechtes zu wahren und zu wehren, habe sich nur eine einzige Partei zur Aufgabe gestellt: die Sozialdemokratie. Wer daher eine wirkliche Rechtsgleichheit erstrebe, die sich nicht nur auf die Steuerfrage beschränkt, müsse zur Fahne unserer Partei halten, damit der Protest, den wir gegen diese Rechtsverletzung erheben, nicht nur durch die Eringung neuer Mandate, sondern durch ein ungeheures Anwachsen unserer Stimmzahl sich kund thue. Eine kurze Diskussion, in welcher zwei Genossen sich den Ausführungen des Referenten anschlossen, folgte dem beifällig aufgenommenen Vortrag. — Am Schluß machte der Vorsitzende noch bekannt, daß am 5. Juni eine Flugblatt-Verbreitung stattfinden werde.

Die Anarchisten hatten zum Dienstag eine Versammlung nach dem Weddingpark einberufen, in der sie selbst sehr schwach vertreten waren. Weidner und Landauer polemisierten gegen die Wahlberechtigung. Der Parlamentarismus verleihe zu Kompromissen und die Sozialdemokratie bestimme sich nur noch um allerlei Wahlen, aber nicht mehr um ihre Ziele. Landauer theilte mit, daß er einen Brief an den „Vorwärts“ gerichtet habe, um zu beweisen, daß er hauptsächlich eine Postkarte von einem sozialdemokratischen Vertrauensmann, allerdings nicht aus Berlin, erhalten habe. Dann versuchte er zu beweisen, daß das Handbuch für sozialdemokratische Wähler von Debel verfaßt worden sei, der sich darin in Widersprüche gegen seine früheren Schriften verwickelte. Von den Genossen Landauer's trat Wiese auf und nannte ihn einen Don Quixote, über den die Entwidlung schon hinweggeschritten sei. Vor den bürgerlichen Elementen habe sich die Arbeiterbewegung zu lösen, denn sie sei eine Klassenbewegung. Es käme auf Aufklärung, wirtschaftliche und politische Organisation an, dann sei eine Wahlberechtigung notwendig. Von unseren Genossen ergriffen Gottschall, Ernst und Kiesel das Wort, die Landauer's Ansichten gründlich widerlegten. Sie führten unter großem Beifall aus, daß es darauf ankomme, die vorhandenen Rechte möglichst auszunutzen und die Massen zu erziehen. Die Sache der Sozialdemokratie müsse eine gute sein, wenn sie solche alten Leute wie Liebnecht begeistere, trotz der Gefängnisstrafen weiter für sie zu wirken. Als Landauer den Saal verlassen wollte, um angeblich, da er außerhalb wohne, noch den letzten Zug zu erreichen, erhob sich eine andauernde große Unruhe, die der Vorsitzende benutzte, um die Versammlung zu schließen.

Mit knapper Mühe der polizeilichen Aufsicht entging eine Versammlung der National-Sozialen, welche gestern Abend in den Arminiahallen tagte. Herr Weinhausen ging mit den Freisinnigen, denen er alle politischen Sünden der letzten 10-15 Jahre aufzählte, tüchtig ins Gericht. Einige freisinnige Redner versuchten die der freisinnigen Partei applizierten Sünde abzuschütteln. Bei einem Antrag auf Beschränkung der Redezeit und später bei Einbringung einer Resolution, worin zur Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten aufgefordert wurde, kam es zu heftigen Szenen, so daß die Versammlung, um die Auflösung zu vermeiden, geschlossen wurde.

In Hixdorf beschäftigten sich am 24. Mai zwei Volksversammlungen mit den kommenden Reichstagswahlen. Bei Kaufner in der Bergstraße referierte Georg Ledebour. Besonders beleuchtete er die Stellung der Agrarier und Sammel-patrioten zur ländlichen Arbeiterfrage. Voll bitteren Gohnes gedachte er dabei der Versprechen, die der Landwirtschaftsminister namens der Regierung dem Fürsprech der leutehungerrigen Agrarier, Herrn v. Esmula, gegeben: die Einführung fremder Arbeiter aus Polen, Galizien, wodurch der Lohn drück, die Auspothierung deutscher Arbeiter erleichtert werde, zu begünstigen. Und das nenne man nationale Politik! Militär wolle man mehr wie bisher beurlauben, um dem Bedürfnis der Agrarier nach Arbeitern entgegenzukommen. Ja, werde damit nicht anerkannt, daß zur notwendigen militärischen Ausbildung eine noch kürzere Dienstzeit als die zweijährige genüge? Die sozialdemokratische Fraktion im nächsten Reichstage werde hieraus die praktischen Folgerungen ziehen und entsprechende Anträge stellen müssen. (Lebhafter Beifall.) Ein vorzügliches Agitationsmaterial habe der Hixdorferagrarier Camp der Sozialdemokratie geliefert. Nach seiner im Abgeordnetenbause ausgesprochenen Meinung sei die miserable Straflosigkeit besser, als die der freien ländlichen Arbeiter. Nachdem Redner die hurra-

patriotischen Sammler in ihren reaktionären Bestrebungen und ihren gemeingefährlichen Ausbeutungspraktiken auch sonst noch schneidend charakterisiert hatte, schloß er mit einem Ruf: „Das Proletariat zu sammeln und unter strengster Beharrung bei unseren Forderungen mit Feuer und Schwert das Evangelium des Sozialismus. (Stürmischer Beifall.)“ Kreyrau und Wack sprachen im gleichen Sinne. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Die zweite Versammlung tagte im ehemals Biering'schen Saal in der Ankebedstraße. Hier vertrat Alphonse Borchardt die proletarische Anklage gegen die Volksfeinde aller Schattierungen mit großem Geschick, wobei ihm einige im Kreise vertheilte Flugblätter der Gegner sehr zu nützen kamen. Seine mehrmals von Beifall begleitete Rede übte eine zündende Wirkung aus. Seinem Mahnruf, vor und bei der Wahl und auch später frei zur Fahne der Sozialdemokratie zu halten und neue Anhänger zu werben, folgte begeisterte Zustimmung. Eine Diskussion fand nicht statt. In beiden Versammlungen wurden die Genossen aufgefordert, zahlreich am Sonntag bei der Flugblattverbreitung mitzukommen.

Weihensee. Am Montag, 23. Mai, fand hier eine stark besuchte öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Genosse Dr. Leo Arons über: „Das Programm der Sozialdemokratie“ referierte. In großen Zügen skizzierte er die Ziele der Sozialdemokratie und behauptete eingehend das Programm. Von den erschienenen Gegnern nahm keiner das Wort, so daß die eingegangene Resolution, welche sich mit dem Referenten einverstanden erklärte, einstimmig Annahme fand. Als Ergänzung resp. Nebenwahl zum Wahlkomitee wurden Gershenberger, Baudert, Haack und Pasewaldt gewählt. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Versammlungen.

Die Freie Vereinigung selbständiger Barbiers, Friseur etc. für Berlin und Umgegend hielt am 18. Mai ihre Monatsversammlung ab. Es wurde eine siebenköpfige Kommission gewählt und diese beauftragt, Anträge für den diesjährigen Kongreß auszuarbeiten und alle sonstigen auf den Kongreß bezüglichen Arbeiten zu erledigen. Dann wurde für den hiesigen Arbeitsnachweis Christoph als Vorsteher vom 1. Juni ab gewählt. Am gab Klarbaum folgenden Bericht der Agitationskommission: In Berlin wurden 1789 Stüd und in den Vororten insb. Spandau 914 Stüd Flugblätter verandt. Die Gesamtkosten hierfür betragen 48,06 Mark. Aufnehmen ließen sich 9 Kollegen. Dann entspann sich noch eine längere Debatte darüber, wie der in unserem Gewerbe jetzt wieder herrschenden Preisdrückerei endlich abgeholfen werden könnte.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Eine zahlreich besuchte Vertrauensmänner-Versammlung tagte am Mittwoch, den 18. d. M., bei Cohn, Neustädtische. Kollege Max Spach über: „Die Einführung der Arbeitsscheine durch die Jungung.“ Nach persönlicher Ansprache mit dem Obermeister der Jungung, Herrn Marfisch, über Einführung der Arbeitsscheine wollten die Meister dadurch gezwungen sein, weil ihnen von Seiten der Gesellen zu viel Arbeit liegen gelassen wird (es sollen in einer Woche sogar 300 Gesellen gewesen sein, welche ihre Arbeit nicht fertig gestellt haben). Nach ist nun der Meinung, daß von Seiten der Arbeiter zu diesem Geduldsgedanken der Jungungsmeister Stellung genommen werden müsse. Nun handelt es sich aber darum, festzustellen, aus welchen Gründen so viele Kollegen ihre Arbeit nicht fertigstellten, denn nach der Gewerbe-Ordnung stehen den Meistern so viele Rechte zu, daß der Arbeitsschein vollständig überflüssig ist. Sache der Meister wäre es, für eine ordentliche Ausbildung der Lehrlinge zu sorgen und die Arbeitspresse so festzusetzen, daß die betreffenden Arbeiter eine menschenwürdige Existenz dabei führen können, dann würde auch nicht so viel Arbeit liegen bleiben. Aber den Kollegen ist in dieser Sache auch ein Vorwurf zu machen, denn würden dieselben den Neuanfängenden über die Verhältnisse, unter welchen die Arbeiter in der betreffenden Werkstatt angefertigt werden, aufklären, es würde sich vielleicht mancher hüten, unter diesen Verhältnissen anzufangen. Ebenso wäre es Pflicht der Meister, bei den hier in Berlin üblichen Spezialarbeiten, nur Leute einzustellen, welche auf die betreffenden Arbeiten eingearbeitet sind, dann würde sich der Uebelstand von selbst legen, welcher durch die Scheine befestigt werden soll. Die Diskussion war eine sehr lebhaft, und waren die betreffenden Redner der Meinung, daß die Kollegen weit mehr Verechtigung dazu hätten, über die Meister eine Kontrolle zu führen, denn zum großen Theil kommen die betreffenden ihren Verpflichtungen betreffs der festgesetzten Mindest-Abzahlung nicht nach und ließe die Herausgabe des Materials auch viel zu wünschen übrig. Desgleichen die Behandlung. Sämtliche Redner äußerten sich dahingehend, daß der Arbeitsschein energisch zurückzuweisen ist, da derselbe schließlich doch nur dazu benutzt würde, um Kollegen, welche für die Verbesserung der Lage ihrer Berufsgenossen eintreten, auf diese oder

jene Art zu kennzeichnen. Beschlossen wird, ein Flugblatt herauszugeben, damit alle Kollegen dazu Stellung nehmen können. — Glode sprach sodann über die Einführung der Jungungsung. Derselbe erläuterte in kurzen Worten das Zustandekommen des Gesetzes. Es sind nun den Gesellen einige Rechte in den Jungungen eingeräumt, Sache der organisierten Kollegen wird es sein, daß sie, sobald sich die Jungungen neu gebildet haben, auch Kollegen in die Ausschüsse hineinwählen, die die Verhältnisse im Verufe richtig kennen und die Interessen ihrer Kollegen richtig zu wahren wissen. Redner erläuterte sodann noch die Unterschiede, welche zwischen der freien Jungung und der Jungungsung bestehen. Ob dies Gesetz nun einen Einfluß auf das Handwerk haben wird, werde sich ja später zeigen, denn natürlich muß werden die kleinen Gewerbetreibenden durch die großen Betriebe aufgefressen. Nachdem erstattete Max noch Bericht über die in den letzten vier Wochen vorgekommenen Differenzen. Hervorgehoben sind hier die Arbeitsniederlegungen bei Medemann, Großgörschestr. 35, dieselbe hat in zwei Tagen seine Erledigung gefunden. Bei Nachwark u. Kiegel, Wienerstr. 53, für sich die Kollegen zur Zeit noch, eine Vermittlung wurde von der Firma abgelehnt.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Jungler und Stürzer hielt am 17. Mai er. seine ordentliche General-Versammlung ab. Es haben in diesem Jahre 22 Versammlungen und 18 Vorstandssitzungen stattgefunden. Die Einnahmen vom 18. Mai 1897 bis 17. Mai 1898 betragen mit dem Bestand vom 18. Mai 1897 640,23 M., die Ausgaben 149,15 M., so daß jetzt ein Bestand von 491,08 M. vorhanden ist. Der Vermögensfonds beträgt 321,95 M. Es wurden Max Schatz als erster, Facke als zweiter Vorsitzender, Klar als erster, Kramer als zweiter Kassierer, Folgmann als erster, Langnickel als zweiter Schriftführer und Ake, Götter und Schwante als Revisoren gewählt. Die Revisoren bestätigten, die Bücher sowie die Kasse in bester Ordnung gefunden zu haben, und wird dem Kassierer Decharge erteilt. Unter Gewerkschaftlichen theilte Schulz mit, daß die Streikigkeiten bei Vogel zu gunsten der Arbeiter beigelegt sind.

Charlottenburg. Am 16. d. M. tagte hier in Bismarckshöhe eine öffentliche Versammlung der fabrikgewerblichen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, in der Frau Kohler über die Entwidlung der Industrie und die Rothwendigkeit der Organisation referierte. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine kurze Diskussion im Sinne des Referats. Dann wurden die Anwesenden aufgefordert, am 16. Juni ihre Schuldbigkeit zu thun, damit der Kandidat der Arbeiterpartei den Sieg davon trägt. Ferner wurde noch bekannt gemacht, daß der Verband der Fabrik-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen jeden zweiten Dienstag im Monat bei Beyer, Wallstr. 96, Versammlung abhält. Jahnstellen, in denen auch Mitglieder aufgenommen werden, sind: Beyer, Wallstr. 96; Dörre, Strummeftr. 19; Gimpel, Osnaabraderstr. 28; Morgenroth, Christstr. 20.

Verbandsdeutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Gesellsch. Heute Abend 10 1/2 Uhr bei Schäfer, Rosenhaldenstr. 57: Versammlung.

Arbeiter-Vereinsverein für Schöneberg und Umgegend. Heute Abend 8 1/2 Uhr, im Lokale „Zum bayerischen Dieck“, Hauptstr. 56, Vereinsversammlung. Tagesordnung: „Die Erhöhung der Brotpreise“. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Drechthunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

Königlich. Die Redaktionen. Deutzen. Die die in der Verlage von Langenscheidt-Berlin erschienenen deutschen Sprachbücher von Daniel Sanders (20 Briefe à 1 M.), welche durch jede Buchhandlung zu beziehen sind. Auch für eine Kassette in einem Detailschick sind einige kaufmännische Kenntnisse von nöthen. Metallarbeiter, Wien, 48.

Witterungsübersicht vom 25. Mai 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (p. G. = 4 F.)	Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (p. G. = 4 F.)
Eintriede	753	NO	bedeckt	8	6	Doparanda	761	NO	bedeckt	6	6
Hamburg	754	NO	bedeckt	8	9	Petersburg	761	NO	bedeckt	9	9
Berlin	752	NO	bedeckt	12	13	Sof	758	NO	bedeckt	13	13
Wien	754	NO	bedeckt	14	17	Ardenen	758	NO	bedeckt	7	7
München	756	NO	bedeckt	12	12	Paris	756	NO	bedeckt	11	11
Wien	753	NO	bedeckt	13	13						

Wetter-Prognose für Donnerstag, 26. Mai 1898. Vorherrschend wolfig mit etwas Regen, schwachen nordwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur. Berliner Wetterbureau.

Achtung, IV. Wahlkreis!

Brauerei Friedrichshain.

Montag, den 30. Mai (zweiter Pfingstfeiertag):

Grosses Früh-Concert

arrangirt von den Parteigenossen des IV. Berliner Wahlkreises, unter Mitwirkung mehrerer Arbeiter-Gesangsvereine unter Leitung des Hrn. Stitz.

Anfang 5 Uhr.

Die Vertrauenspersonen.

Allen Fremden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Schlosser **Carl Becker** nach schwerem Leiden entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. Mai, nachmittags 5 Uhr, auf dem Friedhof, Pappel-Allee Nr. 17, statt.

Marie Becker.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser altbekannter Parteigenosse, der Schlosser **Carl Becker** nach längerem Leiden am Montag verstorben ist. Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes Friedrichhof, Pappel-Allee Nr. 17, statt.

Der Vorstand.

Fahrrad, erstklassig, fast neu, preisw. bef. Weigel, Poststr. 53 IV.

Freie Volksbühne.

V. Abtheilung.

Pfingstsonntag Nachmittags 2 1/2 Uhr im Lessing-Theater:

Die Wildente.

II. Abtheilung: Sonntag, den 5. Juni: „Lumpengesindel“

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Friedrichsberg.

Montag, den 30. Mai (2. Pfingstfeiertag), in Ernst Höflich's Concert-Garten (Schwarzer Adler), Frankfurter Chaussee 120:

Grosses Früh-Concert,

arrangirt von den Parteigenossen in Friedrichsberg.

Die Musik wird von Zivil-Berufsmusikern ausgeführt, unter Mitwirkung der am Ort bestehenden Arbeiter-Gesangsvereine und mehrerer Gesangs-komiker.

Kassen-Eröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Billets an der Kasse 25 Pf., im Vorverkauf 20 Pf.

Der Vertrauensmann.

Vorkost-Geschäft zu der faulen Kebabstr. 69.

Stüber-Beitelle, neu, gebret, 1/2. St. Hixdorf, Berlinerstr. 97, Est. p. 1.

Achtung! Norddeutsche Brauerei Achtung!

Chausseestrasse 58.

Sonntag, den 29. Mai (1. Pfingstfeiertag):

Gr. Früh-Concert,

ausgeführt von der gesamten Hauskapelle unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Nordwacht“ (Mitglied des Arbeiter-Sänger-Bundes), Dirigent: R. Blobel.

Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang des Concerts präzise 5 1/2 Uhr. Eintritt 20 Pf.

Die Kaffeeküche ist von 5 Uhr morgens geöffnet.

Monatshefte

mit Vorwort von **Eleanor Marx-Aveling.**

Sie beziehen durch jede Buchhandlung u. die Expedition, Berlin N., Brunnenstr. 193. 306 15

Feuerstein's Festsäle

Alle Jakobsstrasse 75. I.

Jub. Mariin Herzberg.

Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.

Versammlungs-rt. Simonstr. 28.

Gmphe alle Fremden u. Bekannten mein **Wells-, Baisischbier- und gr. Speise-geschäft**, reichhaltiges Frühstück von 10 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf., sowie Abendessen à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Kapelle für 20-50 Personen.

H. Stramm, Reih. Witterer-123.

Sonnenbühne 5,00, Grössteden 2,00, Sprachmeister 3,50, junge Staare 1,00, Or. Aquarium, Sager, Androstr. 10.

Bad Monbijou

Gr. Hamburgerstrasse 20.

Naturärztliche Poliklinik.

Elektr. Lichtbäder, Heilbäder, Dampf-, Vahntänze, Kräuterbäder, Kneipp'sche Güsse, 3 Damenbäder 1 M. Poliklinik 10-12. R. (Mit 4-6.

Für 2-3 Mark

Weste sehr groß, zu Anstandungen, steht zu Herrenanzügen, schöne Brauer 7-10 M., für 12 M. ff. Schwotz- und Kattungsanzüge, Galeros und Hosenreife so lange der Vorrath reicht.

im Kiesenstollager

Krauzenstr. 14, I., kein Laden.

Wöbel-Zeitzahlung.

J. Kellermann, Jacobstr. 26.

Nicht vorbeiziehenden bei **Binnböse's Zigarrengeschäft**, Schillingstr. 24.

Arbeitsmarkt.

Achtung! Achtung! Holzarbeiter.

In der Fabrik von **Kückwath & Kiegel**, Wienerstr. 50, haben sämtliche Arbeiter wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Bezug ist fernzuhalten.

80/13 Die Dreiverwaltung.

Achtung! Elektrotechnik!

Ein neuer Abendkurs für Praktiker, zur Ausbildung von Elektrikern, Installateuren und Maschinenbauern beginnt Anfang Juni. Jedes Jahr sind 100 Schüler zu erwarten, die die diesbezüglichen Vorkursus geben. Man verl. Prospekt, Lehrplan, „Elektr.“, Brunsenstr. 55, I.

Rabizspanner,

nur tüchtige von ersten Firmen suchen 30905 **Paul Zöllner & Co.**

Hirner verl. die Goldschmiedfabrik, Poststr. 5. 30985

Junger Mann

(Karton) Brauer, L. Alexander, Stallgärtnerstr. 28.

Gebirte Kartondeckelmaschinen

bei S. Alexander, Stallgärtnerstr. 28.

Wamsfeld auf Jodens u. Wamsfelds Galotod von 1,60 M. an verlanq. **Speckmann**, Franzstr. 4, I. Tr.

Junge Mädchen, vierzehn bis sechzehnjährig, was, geschult, zum Lernen auf Pappfabrik gegen Anfangslohn von 4 Mark per Woche. 35805 Ehrlich, Seydstr. 17 (Spindlerstr.).

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung.
Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab.
Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr:
Wissenschaftliches Theater.

Theater.

Donnerstag, den 26. Mai.
Opernhaus. Die beiden Schützen. Anfang 8 Uhr.
Schauspielhaus. Im Dienst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Anfang der Weise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leistung. Im weißen Röckl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Die Gelehrten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Vertuner. Krieg im Frieden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Blaues Blut. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Der Obersteiger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nouveau. Billa Gabrielle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Montausnahmen. Vorher: Nach Hause. Anfang 8 Uhr.
Central. Kneippfuren. Anfang 8 Uhr.
Eben. Der Stadtkompete. Anfang 7 1/2 Uhr.
Salle-Alliance. Wein, Weib, Gesang. Anfang 8 Uhr.
Paisen. Der Mann im Monde. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Heinrich Heine. Eine Tasse Thee. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstr. 57/62. Täglich abends 7 Uhr: Wandstufungsfeier und Vorträge.
Vollge. Panoptikum. 30 Togo-Wälder.
Apollo. Spezialitäten. Auf. 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.

Passage-Panopticum.

Neu! Neu!
Alpen-glühen.
Riesens-Illusion.
Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abds.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 105.
Ein lebender **Riesens-Orang-Utan** der Waldmensch von der Insel Borneo, 1 1/2 Met. hoch.
Salambo, die schöne Schlangenhändigerin.

Brauerei Friedrichshain

Heute Donnerstag:
Garde-Schützen- (in Uniform)
Frei-Konzert.
Anfang 7 Uhr.
Morgen Freitag:
Gr. Militär-Frei-Konzert angeführt vom 7. Garde-Regiment zu Fuß.

U-Bahn-Park,

Am Köpenicker Platz.
Täglich: **Concert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.**
u. a.: The Borsini Trio, Akrobaten, Floretta & Hans d'Albert, Duettsisten, etc.
So lebt man in Berlin. Poffe. Volksbelustigungen. Raffische u. 2 Uhr geöffnet. Beginn des Concerts Sonntag 4 Uhr, Wochenend. 5 Uhr. Entree Sonntag 30 Pf., Kinder 10 Pf., Wochenend. & Pers. 10 Pf.

Apollo-Theater und Konzert-Garten.

Novität! Mit vollständig Novität neuer u. glänzender Ausstattung
Täglich um 9 Uhr:
Don Juan in der Hölle.
Ferner Auftritte von Spezialitäten ersten Ranges.
Vor der Vorstellung im **Garten: Konzert,** ausgef. von der Theaterkapelle.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Konzert 7 Uhr, Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112
An allen **3 Pflingstfeiertagen** sowie von da an täglich
Stettiner Sänger
(Miesch, Pietro, Britton, Zeidl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader).

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Leichte Kavallerie und die Opernparodie **Cavalleria Rusticana.**

Ton-Halle,

Friedrichstraße 112.
Jeden Donnerstag, Sonnabend und Sonntag: **Gr. Ball.** 47888

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Donnerstag:
Blaues Blut.
Freitag:
Galeotto.
Sonnabend:
Ein gemachter Mann.

Central-Theater

Alle Jakobstr. 30.
18. Gastspiel des Dialekt-Ensembles.
Novität! Zum 1. Male: Novität!
Kneippfuren.
Parodistischer Schwanke in vier Akten von A. B. J.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dielebe Vorstellung.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Gastspiel von Emma Fröhling.
Der Mann im Monde.
Vorbestellte Biletts durch Telefonamt IV Nr. 2074 werden an der Abendkasse ohne Aufgeld referiert.

Ufend-Carl-Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Der Stabstrompeter.
Anfang 8 Uhr.
Freitag und Sonnabend: Wegen Vorbereitung zu dem Ausstattungsstück **Auf Sumatra** geschlossen. — Sonntag zum ersten Male: **Auf Sumatra.** Gr. Ausstattungsstück mit Ballet in 12 Bildern von Ch. Gahmann. Musik von F. Krause. Ballet einstudiert von Carolina Rinka vom Hof-Theater in Altenburg. Im Garten: Am 1. Feiertag: Volkshand. Eröffnung. Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Antoinette. Am 2. Feiertag: Großes Früh-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Garten-Theater der Reichshallen

Leipzigerstraße 77.
Am 28. Mai (Pflingst-Sonnabend) Eröffnung des 3000 Personen fassenden Sommer-Gartens nebst neuerbauter Garten-Bühne.
Som 28. Mai ab täglich **Wilhelm-Kalberg-Agoston-Ensemble!**
Eine vom Brett! (Vollen-Verleste in 1 Akt (Novit.))
Die best. akrobatischen Spezialitäten Clara Antoni, Hella Collier, Toni Leonardy, Hermans Castagna, Brüder Paxton, Tom Brinary.
Die 6 nordischen Perlen: u. f. m. Das Konzert beginnt täglich um 7 Uhr, die Vorstell. um 7 1/2 Uhr. Tageskasse von 11-1 Uhr vorm.

W. Noack's Theater

Braunstr. 16.
Eröffnung der Sommer-Saison am 29. Mai (1. Pflingstfeiertag).
Im schönen Garten täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag im Saale: **Großer Ball.**

AUSSTELLUNG AM KURPÜRSTENDAMM.
Carl Hagenbeck's INDIEN
BAHNSTATION SAVIGNYPLATZ
Vorstellungen in der Arena: an Wochent. 6 u. 8 Uhr, an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr, im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: **Gr. Militär-Doppel-Concert.**
Entree 50 Pf., Kinder die Hälfte.

Brauerei-Ausschank der Victoria-Brauerei, Stralau.

Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Jeden Sonntag und Donnerstag: **Großes Garten-Konzert** und im elektrisch erleuchteten Riesensaal: **Grosser Ball.**
Die Raffische ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich besond. Sorge getragen. Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll
Karl Mittag, Deponom.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Schweizer Garten.
Am 1. und 2. früh 4 1/2 Uhr und nachmittags 4 Uhr: **Pflingstfeiertag** Extra-Vorstellungen sämtl. Spezialitäten. Robert & Bertram, The 3 Buffalos, Max Ranella, Gebr. Piccadilly, Excelsior-Parod., Kunststrabfahrer, Mus. Contorionist, Handstand-Akrob. Ella Bender, Emil Lippardt, Marga Leuschner, Lucie & Olga Tilly, Vierfingerin, Parodist, Soloschauspiel, Gesangsduettin. Volksbelustigungen aller Art. Am 2. Feiertag im Saale: **Gr. Ball.**
Von Pflingsten ab:
Täglich Concert und Vorstellung.

Neu eröffnet! **Ziegenhals-Niederlehme** Station Zeuthen-Danfelde-Abf. Derlich am Großfu-See und Bald gelegen. 25 Min. v. Bahnh. Eig. Waldung. Saal 600 Pers. fassend. 2 Regebahnen. Billardzimmer. 8 Küche. Gute Biere u. Weine aus renom. Häusern. **Garten für 3000 Pers.** Für groß. Gesellschaft. wird recht. Anmeld. erb. **P. Hildebrandt.**

Max Klem's Sommer-Theater,

Gartenstraße 14/15. — Artisticler Leiter: Paul Milbitz.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Barsikow-Troupe — The Terras — Little Elfrida. Georg Fischer, Ueberlänger; Franz Wunsch, Sourette; Karl Gursch, Tanz-Parodist; Martha Reinschagen; Tutti Belmonte.
Neu! Das Blumenmädchen vom Morisplatz. Neu! Volksstück mit Gesang in 2 Bildern von J. Ehner. Liebesromanisch. Singpiel in 1 Akt von Paul Adler. Vor und nach der Vorstellung: **Garten-Concert.** In den beiden Sälen: **Grosser Ball.**
Anfang des Concerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr. Sonntags 5 Uhr.
Max Klem.

Werkstatt-Bekleidung für jedes Gewerk kauft man gut und billig bei [5181] Adolf Wecker, Molkenmarkt 3, Blumenfabrik für alle Gewerke.

Eine Zuckerin-Tablette zu 2 Pfennig

ist so süß, dass der Süßwerth von **1 Pfd. Zucker nur 12 Pfennig** kostet. 1 Liter Kaffee zu versüßen kostet nur 1 Pfennig.
Man verlange ausdrücklich „Zuckerin“-Tabletten, deren Echtheit an der gesetzlich geschützten gelesenen Form zu erkennen ist.
Erhältlich in Kolonialwaren-Handlungen.

Sprosser, Nichtig, alle Sorten Wald: Billig! Knabenanzüge! Billig! Vogel, Vogelbauer billig. Schnelle. Waldanzüge, Wäddensfelder preisw. Reppenstr. 60. O. Hoffmann, Seierstr. 14.

Ausnahme-Preise

von Donnerstag, den 26., bis Dienstag, den 31. Mai.

Herrenstiefel	Damenstiefel
früher 7.50 jetzt 4.50	früher 5.60 jetzt 4.40
8.30 5.50	7.45 5.30
9.20 6.50	8.30 6.25
11.60 8.35 M.	9.70 7.30 M.

in den feinsten Ausführungen.

Goodyear Weltstiefel bekannt das beste und haltbarste. Damenstiefel 8.50 Mk.

S. Selbiger 40 Landsbergerstr. 40. In Kellnerschuhen bedeutende Auswahl.

Sonnabend, den 28. Mai, geöffnet bis 12 Uhr nachts. Sonntag, den 1. Pflingstfeiertag, geschlossen. Montag geöffnet von 7-10 und 12-2 Uhr.

Neu eröffnet.
W. Warlich's Paradies-Garten,
Schönhäuser Allee 131.
Am 1. und 2. Pflingstfeiertag: **Grosses Früh-Concert,** sowie an allen drei Feiertagen: **Nachmittags-Concert** bei freiem Entree. 5257L

Otto Wetzel & Co.

Mechanische Schuhfabrik mit Dampftrieb
Berlin, Delmenhorst, Dortmund, Harburg, Hildesheim, Magdeburg, Sangerhausen, Wittstock, Zeitz.



Verkaufshäuser in Berlin: Landsbergerstr. No. 32. Dresdenerstrasse No. 6. Wrangelstrasse No. 114. Kleiststrasse No. 22.

Herrenzugstiefel, gewalkt, Lederbrandsohle, Lederkappe, von 3,90 an.
Damenschnürstiefel, Lederbrandsohle, Lederkappe, von 3,00 an.

Wir garantiren bei unserem Fabrikat für Kernsohle, Lederbrandsohle und Lederkappe. 4587L

Centrale: **Alexanderstr. 27a** (im Edelhof).

Otto Wetzel & Co. Schuh-Fabrik. BERLIN

Für 36 Mark

fertige feine Anzüge nach Maß, für 30 Mark. Sommerpaletots nach Maß, für 8-12 Mark. feine Hosen nach Maß.
Riesenhofflager
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Wer Geld will sparen,

dem bietet ich die günstigste Gelegenheit. Durch Einkauf von großen Posten verkaufe ich:
Hochleg. Herren-Sommer-Paletots von 9,75 Mark an.
Hoch. Knab- und Jaquet-Anzüge von 12,50 Mark an.
Herren-Jacken von 2,75 Mark an.
Kleiner-Jacken, Westen und Jaquets von 4,75 Mark an.
Herren-Jackets, Westen und Röcke in allen Größen, Knaben- und Burischen Anzüge, Hüte, Schirme, Sättel, Böcke, Stiefel, Koffer, Operngläser, Reflet, Revolver, Zeichens, Stockstinten, Harmonika's, Weizen, Zylinder, Uhren, Ketten, Ringe u. s. w. zu enorm billigen Preisen.

Gustav Lucke, Waarenhaus, Berlin, Oranienstraße 131.

besuchen gewohnt und neue, hauchdick billig. Theilzahlung gestattet. Besuchen ohne Anzahlung. 49952
Neue Königstraße 59 und **Greifswaundstraße 15.**

Knaben-Anzüge

in einfacher u. eleganter Ausführung.
Knaben-Paletots, Einzelne Hosen, Einzelne Blusen für das Alter von 2 bis 18 Jahren, nur eigener Fabrik. Große Auswahl. Billige Preise. Pflingst gratis. [5181]
Karl Hustadt, Berlin O., 85 pt. am Schiefelshof Bahnh.

Möbel-Verkauf.

Oranienstr. 73, Hof I, in meinem vier Etagen hohen Spelberggebäude halte ich in überaus großer Auswahl ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke in ganz einfacher sowie eleganter Ausführung. Vortheilhafte Einkaufspreise für Privatleute. Theilzahlung gestattet. Besuchen ohne Anzahlung. Täglich Eingang verlicher gewohnter und gebrauchter Möbel aller Arten zu billigen Preisen. Transport frei Haus. Berlangen Sie bitte mein Katalog mit Abbildungen gratis und franco. 55112

Berl. Kranken-Möbel-Fabrik

Gertraudenstr. 8-9 (am Spittelmarkt)
Krankenträger, auch für Weiche, Biber, Koffer, Schil, Gulle, Gesundheitsstuhl, etc. Turm, Massage, Sprosser, san. Gummikissen, Krankenbinden u. dergl. Artikel.
60992
Kinderwagen u. Stühle, deren Käufer gesund. Sicherheitsgurt gratis. Erf. Tel. V. 1958.
E. Wulf jr. Kauf u. Möbelfabrik. Berl. Reimungsgeheiß. Hofstr. und **Blauer Kreuz**.

Knaufschneiden! ? 5% Rabatt!
Darum verdient die Privat-Jahns Klinik von **F. Steffens**, Rosenfelderstr. 61, die besondere Aufmerksamkeit aller Knaufschneiden?
Knaufschneiden! ! 5% Rabatt!
Weil sie auch weniger Bemittelten hilft, Röhre auf Theilzahlung pro Woche 1 Mark schmerzlos einlegt.
Spezialität: Behandlung angeb. licher und einhändiger Personen. 60992

Dr. med. Schaper, prakt. Homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Gahrn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8. **Schöneberger Ufer 25.**
Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnab. 11-7-3. **Große Hamburgerstr. 20, I.**

Zahnärztliches Institut, Poliklinik f. Mundkrankheiten, **Karlstrasse 20A.** Geöffnet 9-6, Sonntags 9-12.

Haut- und Harnleiden heilt gründl. **Hombö. Haedecke,** Rosenfelderstr. 23, 9-11, 3-5.